

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMANN S

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern
und Oberkirchenrat Adolf CILLIEN, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Verbindung mit Oberbürgermeister Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdL · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHÄUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

4. Jahrgang, Nummer 8/9

Postversandort Bonn

Bonn, im Aug./Sept. 1956

INHALT

HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT von Gerhard Schröder	S. 1
5. BUNDESTAGUNG DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CDU/CSU 11. - 13. Oktober 1956 in Berlin - Tagungsprogramm	S. 2
MACHT UND OHNMACHT DES SYSTEMS von Günter Jacob	S. 4
ANMERKUNGEN ZUM DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHENTAG von Nicolaus v. Grote	S. 7
ERKLÄRUNG DES RATES DER EKD ZUR UNTERSCHRIFTENAKTION AUF DER SYNODE IN BERLIN	S. 9
DAS PROTESTANTISCHE GEWISSEN IN DER KRISE von Eberhard Stammler	S. 9
ENTTÄUSCHUNGEN von Martin Boyken	S. 10
DAS MEMORANDUM ZUR FRAGE DER WIEDERHERSTELLUNG DER DEUTSCHEN EINHEIT	S. 11
BÜCHER, DIE WIR EMPFEHLEN	S. 15

HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT

Zur 5. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 11. bis 13. Oktober 1956 in Berlin
von Dr. Gerhard Schröder

Siegen, Hannover, Wuppertal und Worms — mit diesen Namen verbindet sich die wachsende Tradition unserer Jahrestagungen. Das Gesicht jeder einzelnen Tagung war geprägt von ihrer Zeit, von ihrem Thema, von ihren Rednern und von der Gemeinschaft aller Teilnehmer. Wir sind dankbar dafür, daß uns diese Erlebnisse geschenkt worden sind. Dankbar dafür, daß wir in Hermann Ehlers und Robert Tillmanns eindrucksvolle Vorbilder evangelischer politischer Verantwortung haben. 1956 sammeln wir uns in Berlin um das Thema: „Herausforderungen unserer Zeit“. Berlin selbst ist in seiner heutigen Existenz mitten in einem zerrissenen deutschen Vaterland ein Mahnmal für unser tiefstes Leid als Volk und Nation. Niemand von uns wird sich aber damit

begnügen wollen, sozusagen an der Klagemauer unseres nationalen Unglücks zu stehen, sondern wir alle werden versuchen müssen, die konkreten politischen Aufträge zu ermitteln, die uns durch die „Herausforderungen unserer Zeit“ gestellt werden.

Wir sind im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU eine politische Gemeinschaft, deren Aufgabe das Handeln ist. Dieser politischen Aktion muß das Forschen, das Betrachten und das Diskutieren vorausgehen. Wir wissen, daß uns 1956/57 in der Bundesrepublik ein Wahljahr bevorsteht, das möglicherweise bisher in der deutschen Parlamentsgeschichte nicht seinesgleichen hat. Der Kampf um die innenpolitische Gestaltungsmacht wird aller Voraussicht nach härter werden. Einen sol-

chen Kampf kann nur bestehen, wer klare Einsicht in die politischen Gegebenheiten und Möglichkeiten, einen festen Willen, die Entschlossenheit und die Kraft hat, die politische Auseinandersetzung mit aller Deutlichkeit und Entschiedenheit und vollem persönlichen Einsatz zu führen. Niemand von uns darf sich täuschen, daß im Hin- und Hergewoge der Stimmungen und Empfindungen in einem Volke, besonders in unserer Lage, unsere politische Arbeit in keinem Augenblick zuszusagen abgeschlossen, gesichert und vollendet wäre. Um unsere politische Aufgabe wirklich erfüllen zu können, brauchen wir immer wieder eine neue Rüstung, brauchen wir die Stärkung des Gefühls der Verbundenheit in einem gemeinsamen politischen Dienst und brauchen wir die Bekräftigung unserer Zuversicht. Das ist eine der Hauptaufgaben, die der Berliner Tagung gestellt sind.

Wir haben die Parteitage der politischen Gruppen in der Bundesrepublik in den letzten Monaten erlebt. Zwischen den Parteitagen und unserer Berliner Zusammenkunft liegen der Evangelische Kirchentag in Frankfurt und der Katholikentag in Köln. Beide Ereignisse haben auf die gesamte deutsche Öffentlichkeit einen tiefen Eindruck gemacht. Die Losung des Evangelischen Kirchentages: „Lasset euch versöhnen mit Gott“ und das Wort über dem Katholikentag: „Die Kirche, das Zeichen Gottes unter den Völkern“ sind nicht nur von den Hunderttausenden der Teilnehmer, sondern weithin in unserem Volk gehört worden. Beide Kirchentage haben die Klammer deutlich gemacht, die trotz der Zerreißung in West und Ost um alle Deutschen gelegt bleibt. Sie haben das Gefühl der Zusammengehörigkeit gestärkt und Trost und Zuversicht gespendet.

Wenn wir nun im Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU in Berlin zusammenkommen, steht für uns

die Notwendigkeit evangelischer politischer Verantwortung überhaupt nicht mehr zur Diskussion. Die Wahrnehmung dieser politischen Verantwortung als einer gemeinschaftlichen Aufgabe von Christen beider Konfessionen ist heute notwendiger denn je. Unsere Gegner versuchen ein Doppeltes: einen Keil in unsere Reihen zu treiben und außerdem eine Verharmlosung der politischen Linken. Darüber müssen wir uns klar sein, darüber muß offen gesprochen werden. Wir werden deutlich zu machen haben, daß es keine Partei in Deutschland gibt, die über eine so breite Führungsschicht evangelischer politischer Persönlichkeiten verfügt wie wir. Wir haben gerade in den letzten Monaten in steigendem Maß den Versuch erleben müssen, die Politik der CDU/CSU als eine katholisch bestimmte Politik zu diffamieren. Es ist unsere Pflicht, hier der Wahrheit zur öffentlichen Darstellung zu verhelfen.

Die geistigen und geistlichen Kräfte, aus denen sich die evangelisch-politische Verantwortung speist, werden in Berlin sicherlich zur Darstellung gelangen. In der Auseinandersetzung zwischen West und Ost werden wir nicht dem Irrtum verfallen dürfen, den „Lebensstandard“ als das einzige Zeichen der Bewährung diesseits und des Versagens jenseits zu proklamieren. Der Pegelstand des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist ohne Zweifel mitbestimmend für die politischen Verhaltensweisen. Wir werden jedoch mit Nachdruck unterstreichen müssen, daß es auch andere wirksame Lebenskräfte eines Volkes gibt und daß ein großer Teil unserer politischen Bemühungen der Erweckung, der Pflege und Vertiefung gerade dieser Kräfte zu gelten hat.

Wir werden also in Berlin tief Atem holen können und müssen. Dann werden wir den „Herausforderungen der Zeit“ nicht nur in Betrachtungen nachgehen, sondern in politischer Aktion antworten.

TAGUNGSPROGRAMM

DONNERSTAG, 11. OKTOBER 1956

9.00 und 14.00 Uhr

Treffpunkt der einzelnen Gruppen jeweils vor dem Haupteingang der Freien Universität, Dahlem, Gary-Straße 35

GELEGENHEIT ZUM BESUCH DES NOTAUFNAHME-LAGERS MARIENFELDE, ZUR TEILNAHME AN EINEM NOTAUFNAHMEVERFAHREN UND ZUM BESUCH DES SOWJETISCH BESETZTEN SEKTORS VON BERLIN

Omnibusse werden durch die Tagungsleitung gestellt; geringe Kostenbeteiligung der Teilnehmer ist vorgesehen.

13.30—15.00 Uhr

Hotel Kempinski, Kurfürstendamm 27

PRESSEKONFERENZ

Leitung: Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder (besondere Einladung)

15.30—16.30 Uhr

Rathaus Schöneberg, Rudolf Wilde-Platz

EMPFANG DES REGIERENDEN BÜRGERMEISTERS VON BERLIN

Professor Dr. Otto Suhr
(besondere Einladung)

17.00—18.30 Uhr

Rathaus Schöneberg, Rudolf Wilde-Platz

SITZUNG DES BUNDESARBEITSKREISES

Leitung: Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder
(besondere Einladung)

20.00 Uhr

Verein Berliner Kaufleute und Industrieller,
Charlottenburg, Fasanen-Straße 83

ZWANGLOSES BEISAMMENSEIN

der bereits anwesenden Tagungsteilnehmer

Möglichkeit zur Einnahme des Abendessens

FREITAG, 12. OKTOBER 1956

8.00—8.45 Uhr

Jesus Christus-Kirche, Dahlem, Hittorfstraße
(5 Minuten von den Tagungsstätten)

MORGENANDACHT

Landesbischof D. Gerhard Jacobi, D. D., Oldenburg

9.30—12.00 Uhr

Freie Universität, Dahlem, Gary-Straße 35
Theatersaal

ERSTE PLENARVERSAMMLUNG

1. Eröffnung und Leitung:
Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder
2. Grußworte:
Professor Dr. Otto Heinrich v. d. Gablentz
Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU
Berlin

Ernst Lemmer, MdB
Vorsitzender des Landesverbandes der CDU Berlin

Franz Amrehn
Bürgermeister von Berlin

3. Erstes Hauptreferat:
GRUNDSÄTZE DER SCHUL- UND KULTUR-
POLITIK IN OST UND WEST
Kultusminister Edo Osterloh, Kiel

Zweites Hauptreferat:
WAS HEISST „CHRISTLICH“ IN DER POLITISCHEN
VERANTWORTUNG?
Landesbischof Professor D. Volkmar Hertrich, Hamburg

12.00—14.30 Uhr

Mittagspause

14.30—15.30 Uhr

Freie Universität, Dahlem, Gary-Straße 35
Theatersaal

FORTSETZUNG DER ERSTEN PLENARVERSAMMLUNG

Drittes Hauptreferat:
WIRTSCHAFT UND MATERIALISMUS
Bundesminister für Wirtschaft Prof. Dr. Ludwig Erhard

16.00—19.00 Uhr

Freie Universität, Dahlem, Gary-Straße 35
TAGUNG DER ARBEITSGRUPPEN

Hörsaal D

I. Arbeitsgruppe:
GRUNDSÄTZE DER SCHUL- UND KULTURPOLITIK
IN OST UND WEST

Leitung: Dozent Arthur Bach, Duisburg-Hamborn

Hörsaal B

II. Arbeitsgruppe:
WAS HEISST „CHRISTLICH“ IN DER POLITISCHEN
VERANTWORTUNG?

Leitung: Professor Dr. Otto Heinrich v. d. Gablentz, Berlin

Hörsaal A

III. Arbeitsgruppe:
WIRTSCHAFT UND MATERIALISMUS
Leitung: Staatssekretär Dr. Walter Strauss, Bonn

SONNABEND, 13. OKTOBER 1956

8.00—8.45 Uhr

Jesus Christus-Kirche, Dahlem, Hittorfstraße
(5 Minuten von den Tagungsstätten)

MORGENANDACHT
Superintendent Richard Sudrow, Berlin

9.30—12.30 Uhr

Freie Universität, Dahlem, Gary-Straße 35
TAGUNG DER ARBEITSGRUPPEN
Fortsetzung und Abschluß
Tagungsräume wie am Vortage

12.30—15.30 Uhr

Mittagspause

15.30—18.00 Uhr

Freie Universität, Dahlem, Gary-Straße 35
Theatersaal

ZWEITE PLENARVERSAMMLUNG
Berichterstattung der Arbeitsgruppenleiter und Zusammen-
fassung der Arbeitsergebnisse
Leitung: Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

20.00 Uhr

Freie Universität, Dahlem, Gary-Straße 35
Auditorium Maximum

SCHLUSSVERSAMMLUNG

Redner:
Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer
Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier
Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

Programmänderungen vorbehalten

Alle Freunde und Mitarbeiter werden herzlich zur Teilnahme an dieser 5. Bundestagung unseres Arbeitskreises eingeladen. Soweit ihre Anschriften auf Grund von Teilnehmerverzeichnissen der früheren Tagungen und anderen Unterlagen bei uns vorliegen, haben sie inzwischen noch eine besondere Einladung mit Anmeldekarten erhalten. Da es jedoch aus technischen Gründen möglich ist, daß dabei nicht alle Interessierten berücksichtigt worden sind, bitten wir diejenigen, die bei Erhalt der vorliegenden Ausgabe noch nicht im Besitz einer solchen Einladung sind und nach Ber-

lin kommen möchten, die erforderlichen Unterlagen umgehend bei der Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Bonn, Argelander-Straße 173, Ruf: 5 19 15/19, App. 305, anzufordern. Dorthin sind auch alle sonstigen, die Tagung betreffenden Anfragen zu richten.

Das Tagungsbüro selbst befindet sich in der Freien Universität (I. Stock), Berlin-Dahlem, Gary-Straße 35, Ruf: (vorläufig) 76 24 35. Es ist ab Donnerstag, dem 11. Oktober, während der gesamten Tagung von 8.00 bis 23.00 Uhr durchgehend besetzt.

MACHT UND OHNMACHT DES SYSTEMS

Referat vor der III. Arbeitsgruppe „Volk und Politik“ auf dem 7. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Frankfurt/Main

von Generalsuperintendent D. Dr. Günter Jacob

1. Der Mensch sucht sich auf der Flucht vor Gott wie Adam sein Versteck.

Auf den ersten Blättern der Bibel sind Größe und Elend des Menschen in den Bildern vom Paradies und vom Sündenfall dargestellt. Auf diesen Bildern sind wir alle in Adam und Eva porträtiert. Die Geschichte Adams ist unsere Geschichte. Es war die Größe Adams, daß er als Geschöpf Gottes unter der hohen Begnadung stand, Partner des Schöpfers sein zu dürfen. So konnte sein Leben im paradiesischen Garten in der Gegenwart des Schöpfers heil und ganz sein, in Arbeit und Spiel, im Wachsein und im Schlaf, in der Begegnung mit Gott, in der Begegnung mit der Gefährtin als dem Mitmenschen, in der Begegnung mit den Tieren und den Pflanzen. Erst die Stunde, in der Adam aus der Gegenwart Gottes ausbricht und sein Schicksal in eigene Regie nehmen will, wird durch seine Schuld zur Katastrophe für ihn und für uns. Die knappen Sätze der Bibel enthüllen sein ganzes Elend und unser ganzes Elend nach dem eigenmächtigen Aufstand gegen den Schöpfer. „Und Adam versteckte sich mit seinem Weibe vor dem Angesicht Gottes des Herrn unter die Bäume im Garten. Und Gott der Herr rief Adam und sprach zu ihm: Wo bist du? Und er sprach: Ich hörte deine Stimme im Garten und fürchtete mich“ (1. Mose 3, 8–10). Jetzt ist Adam nicht mehr heil und ganz, im Frieden Gottes umhütet und geborgen. Jetzt ist Adam ein Mensch auf der Flucht, so, wie ein Krimineller auf der Flucht vor der Polizei ist. Adam stürzt sich ins Gebüsch wie in ein Versteck vor Gott. Adam möchte Gott vergessen, aber er möchte auch sich selbst vergessen. Er ist auf dieser Flucht wie gehetzt und gejagt. Er ist im Grunde seines Wesens zerspalten.

Wir selbst sind dieser Adam auf der Flucht vor dem Anruf Gottes: „Adam wo bist du?“, und wir haben es in der Kunst des Versteckspiels vor Gott nachgerade zur Meisterschaft gebracht. Wir ahnen es im tiefsten sehr wohl: wir sind nicht mehr heil und ganz, weil wir zu Aufständischen gegen Gott geworden sind. Jetzt ist uns der paradiesische Garten verschlossen, und der flammende Cherub steht vor dem Tor. Jetzt sind wir durch und durch zerspalten. Immer schneller wird das Tempo unserer Flucht vor Gott, und immer krampfhafter werden unsere Versuche, uns in unserer Arbeit und in unserer Zerstreuung vor Gott zu verstecken, wie sich Adam im Gebüsch vor Gott zu verstecken suchte.

2. Der Mensch mißbraucht auf der Flucht vor Gott seine Arbeit und seine Freizeit als Versteck, denn er hat Angst vor dem Alleinsein.

Nun lebt dieser zerspaltene Mensch, der wir selber sind, auf der Flucht vor der Stimme Gottes und auf der Flucht vor der Stimme in sich selbst, die der Stimme Gottes antworten soll, in seinem gespaltenen Tag. In den acht Stunden auf der Arbeitsstätte sucht er das eigene Ich abzuschalten und sich ganz den unerbittlichen Regeln eines rationalisierten Arbeitsprozesses anzupassen. So wird die Arbeit, die eine völlige Konzentration erfordert, für ihn zu einem solchen ersehnten Versteck, in dem er unter dem Lärm des Betriebes sich gegen die Stimme Gottes und gegen die dunkle Stimme in sich selbst abdichten kann. Aber auch im Versteck seiner Arbeit, an die er sich gleichsam als Spezialist und Techniker in strenger Disziplin hingeben muß, kommt der Mensch von jener Unruhe,

die ihn immer wieder an die Heillosigkeit seiner Zerspaltung und an die Sinnlosigkeit seiner rasenden Aktivität erinnert, im Grunde nicht los. Er möchte diese Unruhe in sich auf jede Weise betäuben. Hier wird ihm die oft bis an die Grenze der Überarbeitung gesteigerte Betriebsamkeit zum unentbehrlichen Narkotikum. Trotzdem rumort die Angst in ihm vor der großen Pause, vor der Stille und dem Alleinsein müssen, vor dem Augenblick, in dem die Stimme Gottes ihn überfallen und ihn aus dem Versteck seiner Arbeit aufstöbern könnte.

Was wird aus ihm, wenn er nach Fabrikschluß, aus dem Diktat der Stoppuhr und dem Zwang des Telefons entlassen, nun die restlichen Stunden des Tages oder das Wochenende vor sich hat? Ist er denn jetzt, nach Büro- und Ladenschluß, gerüstet, als ein Heiler oder Ganzer in Besinnung und Muße, im Zu-sich-selbstkommen und in der Begegnung mit Gott zu existieren? Im schmalen Randstreifen des restlichen Tages, über Sonntag und während des Urlaubs hat er doch Zeit für Gespräch und Begegnung von Mensch zu Mensch, für besinnliche Lektüre und gelöstes Spiel, für Muße und Sammlung, für Einkehr und Gebet. Wer hindert ihn jetzt daran, mit seinen wirbelnden Fluchtbewegungen aufzuhören und wirklich ein Mensch unter Gott in der Mitte seines Wesens zu sein? Die Antwort kann doch nur heißen: Er selbst steht sich hier als das größte Hindernis im Wege. Schon Pascal hat gesagt, daß das ganze Unglück des Menschen aus einer einzigen Ursache komme: nicht ruhig in einem Zimmer bleiben zu können. Die Unruhe im Menschen rumort ja um so heftiger, je stiller es sonst im Hause und um ihn her ist. Weil der Mensch in der Nachfolge Adams von Gott wegläuft und sich vor Gott versteckt, muß er in solcher Unruhe auch vor sich selber weglaufen. Er muß sich vor Gott und auch vor sich selber in mancherlei Masken und Rollen verstecken. Es gibt auch jetzt in der freien Zeit so viele und offenbar gut funktionierende Verstecke, in denen man vor dem Überfall durch Gottes Anruf: „Adam, wo bist du?“ sicher sein kann. Man kann sich am Fernsehapparat und am Rundfunk und hinter der Zeitung verstecken. Man kann sich auf dem Sportplatz und auf der Tanzdiele verstecken. Man kann sich im Kino, am Stammtisch und während der Autofahrt verstecken. Man kann sich sogar in der Kirche verstecken. Man bleibt mit alledem im Grunde doch der zerspaltene Mensch, der Mensch auf der Flucht, der Mensch ohne Frieden mit Gott. Man hat Gott verloren, man hat damit auch den Boden unter den Füßen verloren. Deshalb ist man so anfällig für alle Parolen, die einem die Ganzheit und Einheit des Lebens, den Abbau dieser heimlichen Unruhe und das Ende dieser nervenzermürbenden Fluchtbewegungen versprechen.

3. Das atheistische System verheißt dem gespaltenen Menschen das Ende seiner Flucht vor Gott.

Und nun tritt das System in der Gestalt einer totalitären Weltanschauung und im Gewande der strengen Wissenschaft mit seinen suggestiven Losungen vor diesen zerspaltenen, vom Zwang zur Flucht und zum Versteck vor Gott ungetriebenen Menschen hin. Nun ruft das System diesen Menschen, der im Grunde mit sich selbst nichts mehr anfangen kann, weil er mit Gott nichts mehr anfangen will, in seine Gefolgschaft. Das System proklamiert den Atheismus, d. h. es verspricht die Freiheit von Gott und die Freiheit von der

Furcht des Menschen im Versteck vor jener Stimme: „Adam, wo bist du?“. Im Namen der Wissenschaft wird Gott als bloßer Reflex primitiver Angstzustände aus den frühen Stadien der Menschengeschichte erklärt. Die Stimme Gottes habe gar keine Wirklichkeit, sondern sei eine Sinnestäuschung, aus deren Bannkreis die Menschen jetzt endlich durch wissenschaftliche Aufklärung und fortschrittliche Erziehung erlöst werden sollen. Die innere Unruhe im Menschen sei ihm nur in langen geschichtlichen Prozessen von den Repräsentanten der jeweiligen Ausbeuterklasse anerzogen worden, um ihn zum Unterwürfigen zu zähmen und seine Widerstandsenergien zu brechen. Die Wissenschaft entlarve die biblischen Bilder als phantastische Legenden. Jetzt aber würden diese verstaubten Kulissen eines religiösen und im Grunde einfach schädlichen Aberglaubens beiseite geräumt. Es bestehe gar kein Grund zu einer Furcht vor Gott, denn Gott sei nur ein Hirngespinnst. So verheißt das System dem Menschen die Erlösung von Gott und damit zugleich die Erlösung von der Unruhe in der eigenen Tiefe, die Erlösung von sich selbst: Es gibt keine Stimmen von oben. Es gibt keine Furcht und Angst aus der Tiefe. Die wissenschaftlichen Formeln der atheistischen Weltanschauung sollen alle angeblichen Geheimnisse des menschlichen Daseins entziffern. Die Welt wird hell und durchsichtig, überschaubar in ihrem kosmischen Aufbau und in ihren geschichtlichen Entwicklungen. Furcht vor Gott sei einfach eine Erkrankung des Geistes, die durch Aufklärung und Erziehung und durch gesellschaftlichen Umbau geheilt werden müsse. Also kann der Mensch, wenn er endlich den Ballast des religiösen Aberglaubens abwirft, wieder heil und ganz werden. Es hat ein Ende mit dieser Spaltung des Menschen, mit diesen wirbelnden Fluchtbewegungen vor einem angeblichen Gott, mit diesem kindischen Versteckspielen in der Angst vor dem Anruf eines solchen Gottes. Die Wissenschaft kann den Menschen von diesem gespenstischen Geflecht mythologischer Vorstellungen befreien. Die Gesellschaft soll dem Menschen Standort und Aufgabe unter den Signalen einer leuchtenden Zukunft in der Welt ohne Gott zuweisen.

4. Das atheistische System beansprucht, den Menschen von Gott und von aller Angst vor sich selbst zu erlösen.

So kann seine Zerspaltenheit unter der Macht des Systems überwunden werden. So gibt es auch den Bruch zwischen dem Arbeitsprozeß und der privaten Sphäre nicht mehr. Denn zu jeder Stunde wird der Mensch vom System ganz in Anspruch genommen, und für alle seine Lebensbereiche empfängt er vom System die allein gültigen Losungen. So wird der Atheismus, auf dem Boden des dialektischen Materialismus als streng wissenschaftliche Erkenntnis ausgegeben, zu einem System, das faszinieren muß, weil es dem Menschen die Erlösung von Gott und damit auch die Erlösung von der eigenen dunklen Tiefe verheißt und demonstriert. Wenn man nun wirklich aufhören kann, in der Angst vor Gott und in der Angst vor sich selbst immer wieder wie auf der Flucht Verstecke aufzusuchen; wenn man nun ganz von den Ideen und Aufgaben des Systems in Anspruch genommen wird, so daß es keine Unruhe und keinen Zwiespalt in der eigenen Existenz mehr gibt; wenn man nun auf diese Weise Geborgenheit und Auftrag in einem Sinn erfährt, der das eigene nichtige Leben mit Inbrunst und Glut ganz ausfüllt; wenn der flammende Cherub gar nicht vor dem verschlossenen Tor des Paradieses steht, sondern dieses Tor schon aufgeschlossen ist und man nur im großen Verbanne einer fortschrittlichen Menschheit mit einzumarschieren braucht — dann sind doch alle Fragen grundsätzlich beantwortet. Dann ver-

lieren auch die privaten Probleme ihr spezifisches Gewicht. Hat man dann nicht als ein heiler und ganzer Mensch endlich Stand und Halt unter den Leuchtsignalen einer Zukunft, in der die Geschichte der Menschheit zur Vollendung kommen soll?

Wir dürfen nicht verkennen, daß ein solches System auf dem Grunde der Gottlosigkeit so etwas wie ein magnetisches Kraftfeld ist. Es wird zur wirklichen Anfechtung für den Menschen, der wie Adam von Gott weggelaufen ist und endgültig von Gott loskommen möchte. Denn das System redet ihm seine ganze Flucht vor Gott als sinnlose Reaktion gegenüber Gespenstern aus der Welt des Aberglaubens aus. Das System ruft ihn und beansprucht ihn so total, daß es in seinem Leben gar keine Leere und Einsamkeit mehr gibt, vor der er davonlaufen müßte. Denn nun wird das Leben einheitlich geformt, im Kindergarten und im Altersheim, in der Schule und in der Poliklinik, auf dem Sportplatz und auch während der Urlaubszeit. Die Arbeit empfängt ihren Sinn auf dem Hintergrunde eines visionär geschauten Modells. Die freie Zeit, auch in der privaten Häuslichkeit, empfängt ihre Gestaltung vom Ganzen des Systems her. So haben körperliche Hygiene, Reisebetrieb, familiäre Erholung und öffentliche Vergnügungen ihren Sinn darin, den Menschen funktionstüchtig zu erhalten. Damit aber ist die Einheit aller Lebensbereiche hergestellt.

5. Hat das atheistische System als totale Weltanschauung den Schlüssel zum Paradies entdeckt?

Wenn ein Mensch ohne Vorbehalte zum System ja sagt, hat er auch den Schlüssel zu einer völlig neuen Deutung der Geschichte in der Hand. Zugleich sieht er sich in eine weltweite Gemeinschaft solidarisch eingeordnet. Es kommt zu Gläubigkeit, Dienst und Opfer. Es kommt zu Fanatismus. Das System setzt sich selbst absolut und begründet diesen Absolutheitsanspruch mit seinem wissenschaftlichen Charakter. So muß das System notwendigerweise intolerant werden. Es macht den einzelnen, der seinem Gewissen und seiner Überzeugung folgen möchte, hilflos gegenüber dem mächtigen Sog der Ideologie. Da Gott als Schöpfer gelehnt wird, empfängt der Mensch seine Daseinsberechtigung und seine Bestimmung ausschließlich von der Gesellschaft her. Ordnet er sein Leben gänzlich dieser Gesellschaft ein, so scheint er in der Tat in einer geschlossenen Welt wieder als ein Heiler und Ganzer existieren zu können. Es ist aber eine seltsame Erstarrung seines lebendigen Wesens in alledem nicht zu übersehen. Es ist kennzeichnend, daß die Gesichter der Manager und Funktionäre heute in allen Teilen der Welt maskenhafte Züge tragen. Diese Gesichter sind nicht erhellt von der Heiterkeit des echten Humors. Diese Gesichter verraten, wie ihre Träger nicht mehr als Geschöpfe Gottes in einer freien Menschlichkeit, sondern in einer letzten Bindung an Götzen leben — ob es nun die Götzen der wirtschaftlichen Macht, der weltanschaulichen Ideologie oder des privaten Lebensglückes sind. So führt alle scheinbare Befreiung des Menschen von Gott nur zur Unterwerfung des Menschen unter die Tyrannei irdischer Mächte und Gewalten. Dies ist auch dort der Fall, wo man aus einem geistesgeschichtlichen Erbe heraus zwar theoretisch den Glauben an Gott bejaht und mit feierlichen Worten gelegentlich von der christlichen Überlieferung spricht, praktisch aber im Tanz um das goldene Kalb des eigenen Lebensstandards einen sehr handfesten Götzendienst treibt. So kann der Mensch nicht zur Bannung der heimlichen Unruhe in sich, zum Heil und zur Ganzheit im Kern seines Wesens kommen.

Auch die Steigerung der Produktion, die Technisierung der Welt, die planmäßige Indienstellung wissenschaftlicher Entdeckungen und der Umbau der sozialen

Strukturen — so wichtig sie auch sind — verwandeln die Erde nicht in jenen paradiesischen Garten, in dem der Mensch wie Adam im Ursprung als ein Heiler und Ganzer leben kann. Es können wohl gewisse Sicherungen gegen elementare Bedrohungen erreicht werden, aber Sicherung der materiellen Existenz und Geborgenheit des Menschen in Gott sind zweierlei. Man kann Gott für das Produkt einer von Angst getriebenen Phantasie erklären, man kann andererseits Gott zynisch den „Lieben Gott“ für die kleinen Kinder und die alten Frauen sein lassen, man kann sich sogar einreden, daß die Frage nach Gott überhaupt keine ernsthafte Frage im wirklichen Leben sei — immer bleibt man in heimlicher Unruhe auf dem Sprunge, immer bleibt man in der Gefahr, von der Stimme von oben überfallen zu werden: „Adam, wo bist du?“. Das System der Gottlosigkeit mag von einer imposanten Größe und Geschlossenheit sein und den Eindruck erwecken, als böte es alle Garantien gegen jede Beunruhigung und Bedrohung von außen — immer ist dieses System doch auch nur ein Versteck für den Menschen, wenn auch ein Versteck von der Art eines gewaltigen und massiven Betonbunkers. Weil aber die Stimme Gottes als des Schöpfers alle Mauern der Ideologie und alle Wände der privaten Lebenspraxis zu Seiner Zeit durchstößt und den einzelnen Menschen in seinem Versteck entdeckt, sind alle Versuche ohnmächtig, unter dem Vorzeichen der theoretischen und praktischen Gottlosigkeit im Osten und im Westen zum Heil und zur Ganzheit zu kommen.

6. Jesus Christus hat durch seinen Opfertod die Tür zum Paradies aufgeschlossen. Deshalb sind die Verheißungen des Systems illusorisch und ohnmächtig.

Nach christlichem Verständnis ist der Mensch als Geschöpf Gottes zur Partnerschaft mit Gott und zur Mitmenschlichkeit mit seinem Nächsten berufen. Nach christlichem Verständnis hat der Mensch seine Würde als Geschöpf Gottes, den Raum der Freiheit, der ihm von Gott zum Dienst des Gebets und zum Dienst an seinem Mitmenschen gegeben ist. Er hat seine Würde ganz unabhängig von seinem funktionalen Wert als Arbeitskraft und von seiner gesellschaftlichen Stellung. Deshalb darf man den Menschen im Kern seiner Person nicht antasten und ihn einem „Ismus“, dieser modernen Gestalt des Götzen unterwerfen. Deshalb soll der Mensch auch nicht selbst von Gott weg — und zu den Götzen überlaufen in dem Wahn, im Abfall von Gott ein Heiler und Ganzer werden zu können. Die Stimme: „Adam, wo bist du?“ wird ihn einholen. Aber der Gott, der ihn mit dieser Frage überfällt, hat am Kreuz des Sohnes das Ja seiner Liebe zum gottlosen Menschen bezeugt. Weil das Kreuz auf der Schädelstätte steht, können wir aufhören mit unseren Fluchtbewegungen und mit unserem Versteckspielen vor Gott. Weil der Sohn sich für uns Gottlose hat hinrichten lassen, ist es Blasphemie, den paradiesischen Menschen züchten zu wollen, denn von ihm, Jesus Christus, dem Sohne Gottes, bekennt die Christenheit: „Heut schleußt er wieder auf die Tür zum schönen Paradies, der Cherub steht nicht mehr dafür, Gott sei Lob, Ehr und Preis.“

7. Der Mensch darf aufhören mit der Flucht vor Gott und als Heimkehrer in der christlichen Gemeinde leben.

Wir rufen die gute Nachricht aus, daß der Sohn am Kreuz die Versöhnung verwirklicht und den Frieden gestiftet hat. Was sollen noch unsere Fluchtbewegungen und unser Versteckspielen vor Gott angesichts dieser Tatsache? Was soll noch der krampfhaft Ver-

such, auf dem Boden eines Systems der Gottlosigkeit ein paradiesisches Leben zu verwirklichen? Jesus Christus ruft uns Gottlose auf, herauszutreten aus allen Verstecken und als die Heimkehrer in der Bruderschaft seiner Gemeinde zu leben. In dieser Bruderschaft der christlichen Gemeinde erfahren wir die Geborgenheit in Gott und den Auftrag zum Dienst an unseren Mitmenschen. Hier hören wir das ewige Wort. Hier werden wir stille zum Gebet. Hier stehen wir als die Heimgeholten gemeinsam unter dem Kreuz Christi im Frieden Gottes.

Das Leben in der christlichen Gemeinde darf aber nicht als ein Idyll auf einer Insel frommer Träume mißverstanden werden. Wir bleiben in unserem wirklichen und alltäglichen Leben der Macht und Gewalt des Systems ausgesetzt und vom unheimlichen Sog zur Flucht vor Gott bedroht. Wir bleiben anfällig für die Parolen eines Lebens ohne Gott und angefochten unter dem atmosphärischen Druck. Um so notwendiger ist es für uns, daß wir in der Gemeinschaft der christlichen Brüder und Schwestern, in dieser wahrhaftig auch spannungsvollen und durchaus nicht idealen Gemeinschaft, die rechte Hilfe zur Bewährung unseres christlichen Lebens heute erfahren. Es ist wohl kein Zweifel, daß unsere landläufigen Kirchengemeinden noch nicht die rechte Heimstätte für den vom System bedrohten Menschen der Gegenwart sind. Die Stickluft frommer Konventikel und der oft altmodische Stil kirchlicher Kernkreise sind keine wirkliche Hilfe für den zerspaltenen Menschen von heute, wenn er anfängt, ein Christ zu werden. Die Kirche wird vielmehr Elastizität und Phantasie oder besser gesagt: Liebe und seelsorgerliche Weisheit entfalten müssen, damit der Mensch von heute als Christ inmitten aller Gefährdung von außen und aller Bedrohung in sich selbst in einer lebendigen Gemeinschaft von Brüdern und Schwestern eine echte Geborgenheit und zugleich eine geistliche Zurüstung für seinen Alltag erfahren kann.

Ein solches Leben mit der Kirche kann natürlich nicht ein behagliches Etappenleben sein. Der einzelne Christ soll im Gottesdienst und in der Gemeinschaft der christlichen Gemeinde die Kraft empfangen, um an seiner Arbeitsstätte und in seinem häuslichen Bereich wirklich in der Freiheit, im Frieden und in der Freude eines christlichen Menschen leben zu können. So kann der einzelne Christ durch seine Haltung zum Zeugen Jesu Christi in der Welt der alltäglichen Wirklichkeit werden. Hier wird er seine Arbeit nicht von einer utopischen Weltbaumeisterei her verstehen, aber er wird in nüchterner Sachlichkeit seinen Aufgaben und Pflichten zugewendet sein. Hier wird er sich nicht an einer ideologisch bestimmten Klassifizierung seiner Mitmenschen beteiligen, aber er wird in der Nachfolge Jesu Christi zu rechter Brüderlichkeit auch gegenüber den Leuten von der anderen Seite befreit werden. Hier wird er sich von jedem fanatischen Radikalismus abheben, aber es wird die gute Atmosphäre eines echten Humors um ihn her sein. Hier wird er inmitten vielfältigen Versagens, inmitten schuldhafter Verfehlungen und dunkler Ängste dennoch bestehen können, befreit durch die gute Nachricht vom Opfertode Jesu Christi für ihn, den gottlosen Menschen. So darf er inmitten aller Anfechtungen der Freie sein und mit dem Zeugnis seiner Freiheit inmitten der Welt des Systems einen entscheidenden Dienst tun. Das Geheimnis seiner Freiheit gründet sich nicht in irgendeinem Heroismus, sondern allein in der Wahrheit des Herrenwortes: „So euch nun der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei“ (Joh. 8, 36).

ANMERKUNGEN ZUM DEUTSCHEN EVANGELISCHEN KIRCHENTAG

von Dr. Nicolaus v. Grote

Auf den 7. Deutschen Evangelischen Kirchentag ist der 77. Deutsche Katholikentag gefolgt. Ein Vergleich beider Geschehen zeigt bei aller Verschiedenheit doch vieles Gemeinsame bis in die Thematik. Dem Teilnehmer beider Veranstaltungen schiene es jedoch treffender, wenn von einem Katholischen Kirchentag und einem Tag der Evangelischen die Rede wäre: In Frankfurt trat das Laienelement in den Vordergrund, in Köln die Kirche. Damit seien nur unterschiedliche Tendenzen angedeutet, denn mit Recht wies der Delegierte des Evangelischen Kirchentages bei der Eröffnung des Katholikentages auf das Kreuz als beider Richtpunkt hin. Und es zeigte sich hier wie da, daß sich in diese Zielsprache Aber-tausende aus Ost und West einbezogen fühlten und ihnen aus dieser Gemeinschaft tröstliche Zuversicht erwuchs.

Der Versuch, das Frankfurter Erlebnis in die Reihe der bisherigen Kirchentage geistig einzuordnen, nach bestimmten Kennzeichen seines Ablaufs zu forschen und seine Ergebnisse zu prüfen, ist durch den Standort des Fragenden bedingt. Die Veranstalter selbst unterliegen zunächst leicht der Täuschung durch alles Ungereimte, das ihnen während des Kirchentages angetragen wurde, weil sie doch für alles Rat wissen sollten. Je weiter der Bogen der Verantwortung gespannt ist, desto größer darf freilich die Genugtuung sein, wenn mit Gottes Hilfe Unvorhergesehenes durch Improvisation gemeistert werden konnte. Denen, die annehmen, daß dank einem Viertel-hundert Ausschüssen alles bestens für einen glatten Kirchentag organisiert war, sei gesagt, daß für die notwendige Initiative bei unmittelbarer Konfrontierung mit dem Geschehnis noch viel Raum übrig war. Wenn diejenigen, die es besonders angeht, das offene Wagnis einer Einladung an Unbekannte bedenken, müssen sie unendlich dankbar sein für das Gelingen auch in Frankfurt. Vielleicht fehlte es dort an überschwinglicher Hochstimmung; dafür waren beispielsweise Eröffnungs-gottesdienst und Schlußversammlung von eindrucksvoller Geschlossenheit. Möglicherweise wird der Kreis, der dem Kirchentag das Gefüge gibt, ohne das eine Ansammlung von so vielen Menschen undenkbar wäre, diese Geschlossenheit überhaupt als das eigentliche Merkmal von Frankfurt empfinden. Sei es, daß er sich der Verflochtenheit dieses großen Teams stärkstens bewußt wurde, so daß Meinungsverschiedenheiten in keinem Augenblick als Belastung, sondern stets als Bereicherung und nützlicher Zwang zur inneren Kontrolle erschienen. Sei es, daß kirchentagsfremde Störungsversuche an dieser Geschlossenheit scheiterten. Es dürfte wohl auch so sein, daß einige Fehler ziemlich einmütig erkannt wurden und ausge-merzt werden können. In der Bilanz, die das Präsidium noch

ziehen wird, ist die Vokabel „nüchtern“ zu erwarten; womit auf den sachlichen Ernst der Kirchentagsteilnehmer verwiesen ist. Was den bisherigen großen evangelischen Laientreffen noch als gefühlsmäßiger Hintergrund diente: etwa die tränenreiche Wiedersehensfreude getrennter Verwandter und Freunde aus Ost und West, die Ergriffenheit, die bei einem von Hunderttausenden gesprochenen Gebet manchem die Kehle schnürte, die erregende Tatsache, daß von Mensch zu Mensch offen über innerste Zweifel geredet wurde, daß Laien sich ein verantwortungsvolles Urteil über die Kirche erlaubten, daß sie sich selbst zugleich als Kirche empfanden und deren Weite an den ökumenischen Teilnehmern aus den jüngsten außereuropäischen Kirchen messen lernten — das alles ist fast schon eine Selbstverständlichkeit geworden. Das bedeutet jedoch keine Abschwächung, sondern hier ist eine Grundlage, auf die weiter aufgebaut werden kann. Es gibt eine Unmittelbarkeit auch ohne Überschwang.

Während die „Wellen des Nachholbedarfs“ in der Bundesrepublik über Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Einrichtung, Reisen usw. erst allmählich auch wieder den Bereich des Kulturellen erfassen, hat der Kirchentag immer eine geistige Note getragen. In Frankfurt wurde nunmehr von Tausenden das Verlangen nach Wegweisung bekundet. Die Schwierigkeit, Ost und West und zugleich die Ökumene im Blickfeld zu behalten, darf dabei nicht übersehen werden. Jedoch wird dem Kirchentag eine Autorität zugebilligt, die ihm neben der Verfaßten Kirche eine wichtige, von Staat und Parteien offen-bar anerkannte eigene Aufgabe der Klammerwirkung, des Ausgleichs und der Ausrichtung gestellt hat. Hierauf kann der vielzitierte Begriff der Integration angewandt werden, wobei der übergeordnete Gesichtspunkt nicht „Wiedervereinigung“ oder „Europa“ heißt, auch nicht etwa der modernen Sozial-ethik entnommen, sondern in Gottes Geboten gegeben ist. Der Kirchentag hat sich in Frankfurt als eine Kontaktstelle von Mensch zu Mensch erwiesen, von der auch einige mit Nutzen Gebrauch machen konnten, die sich in heftigsten Auseinander-setzungen getrennt hatten. Der Kirchentag könnte auch künftig eine heilsame Bereinigungsstelle sein, an der evangelische Streitigkeiten — die allmählich so unruhlich bekannt werden wie die „querelles allemandes“ — von Unsachlichkeit befreit werden. Als Kontaktstelle bot er ferner eine gute Gelegen-heit zu erneuter Begegnung von Alt und Jung, aber auch der kirchlichen und staatlichen Prominenzen mit dem Kirchenvolk. Da das entscheidende Ergebnis des 7. Kirchentages aber in der Antwort zu suchen ist, die der einzelne auf den Anruf: „Lasset Euch versöhnen mit Gott“ gefunden hat, dürfte es

Jahr, Ort, Losung	I. Kirche u. Gemeinde	II. Familie u. Erziehung	III. Volk u. Politik	IV. Arbeit u. Wirtschaft	V. Dorf u. Land	VI. Großstadt u. Siedlung	VII. Großstadt
1950 Essen Rettet den Menschen	Ist die Kirche ungläubwürdig? Der Ärger an den Frommen (IV.)	Zuviel Arbeit oder gar keine Was soll aus unseren Kindern werden? (III.)	Vertriebene und Eingesessene Grenzenlos allein (II.)	Mensch oder Arbeitstier? Der Mensch im Kollektiv (I.)			
1951 Berlin Wir sind doch Brüder	Wozu ist die Kirche? Gemeinde tut not	Wem gehören unsere Kinder? Mann und Frau gehören zusammen	Macht die Macht böse? Zwei Herren Knecht	Wofür arbeiten wir eigentlich? Keiner ohne den anderen			
1952 Stuttgart Wählt das Leben	Wer ist eigentlich Kirche? Wie kann Kirche Heimat werden?	Wie ist die Ehe heute möglich? Wie werden unsere Kinder mündig?	Was geht den Christen die Politik an? Wie sehen wir in die Zukunft?	Wem gehört der Betrieb? Wem gehört der Feierabend?	Bleibt das Dorf? Bleibt die Kirche im Dorf?		
1953 Hamburg Werft euer Vertrauen nicht weg	Wie werden wir eine betende Kirche? Was tun wir Laien in der Kirche?	Was hält Eltern und Kinder zusammen? Wem gehört die Schule?	Was kann unser Zusammenleben entgiften? Unser Volk unter den Völkern	Was machen die Menschen mit dem Geld? Was sollen Christen im Betrieb?	Was vererbt der Bauer seinen Kindern? Was zerstört und was heilt unser Dorf?	Menschen sollen wohnen und nicht hausen Wie wird Siedlung zur Gemeinde?	Die Götter der Großstadt und Gott Wo wohnt der Nächste in der Großstadt?
1954 Leipzig Seid fröhlich in Hoffnung	Der vergessene Glaubensartikel von der Wiederkunft Christi Die Kirche vor dem jüngsten Tag	Das Ebenbild des unsichtbaren Gottes Der Typ des neuen Menschen	Gottes Geduld mit dieser Welt Im Reich dieses Königs hat man das Recht lieb	Die Gestalt dieser Welt vergeht Neue Welt durch Technik	Wer hat die Erde in der Hand? Die Freiheit des Christen zum Halten und Hergeben	Das Friedensreich Christi Wer baut die letzte Stadt?	
1956 Frankfurt/Main Lasset euch versöhnen mit Gott	Gott sagt ja zur Welt Evangelische beichten	Die lästige Ehe Wer hat uns was zu sagen?	Der organisierte Mensch Wieviel darf der Frieden kosten?	Frauen zwischen Menschen und Maschinen Jugend in Beruf und Freiheit	Was soll man denn am Sonntag? Versöhnte leben anders	Kommt uns der Nächste zu nahe? Mut zu neuen Kontakten	

müßig sein, hier Ergebnisse feststellen zu wollen. Man kann den Deutschen Evangelischen Kirchentag letzten Endes nicht abschnittsweise beurteilen, etwa wie ein Parlament nach den Legislaturen. Das haben diejenigen nicht immer berücksichtigt, die zu dem Versuch gezwungen waren, den Frankfurter Kirchentag sofort „in den Griff zu bekommen“. So erfaßt auch die „Momentaufnahme“, die den Kampf des Apparates mit dem Protokoll zeigt, keine bestimmende Seite.

Die geistige Leistung des Frankfurter Kirchentages ist — wie die aller vorangegangener — letztlich nur Vorarbeit. Aber das Feld, auf dem sie in Angriff genommen wurde, ist erfrischend weit. Einen Überblick über die Fragen, mit denen sich der Kirchentag seit 1950 befaßt hat (Hannover diente dazu als Auftakt), gibt vorstehende Tabelle der Arbeitsgruppen. Ihre Zahl hat von vier bis sieben gewechselt; zur Zeit gibt es sechs mit den entsprechenden Leitungen. In Hamburg (1953) wurden Siedlung und Großstadt getrennt angesprochen. Die Numerierung der Arbeitsgruppen ist seit Berlin (1951) einheitlich. Die Essener Einteilung war noch anders (sie ist in der Tabelle in Klammern vermerkt). Damals stand das Problem des Menschen im Kollektiv an erster Stelle. Aus der Arbeitsgruppe I von 1950 ist dann die sozialpolitische Arbeitsgruppe IV geworden, und die Kirche ist in den Vordergrund gerückt. Geistige Verbindungslinien werden natürlich zwischen allen Arbeitsgruppen spürbar.

Die Arbeitsgruppen zeigen keinen systematischen Aufbau ihrer Themen, eher Sinn für Aktualität. Ihre Mitarbeiterkreise aus West und Ost umfassen die getrennten Teile Deutschlands und sind mit den Evangelischen Akademien, den Werken und den Aktions- oder Arbeitsgemeinschaften gewissermaßen fachlich verflochten, so daß sie für den Kirchentag die Bedeutung von Antennen für bewegende geistige Anliegen des evangelischen Raumes haben. Sieht man sich z. B. die Fragen an, welchen sich die zahlenmäßig wiederholt bedeutendste Arbeitsgruppe I gestellt hat, so sind sie immer durch die Sehnsucht nach lebendiger Kirche, nach lebendiger Gemeinde bestimmt, bis diesmal in Frankfurt beherzt auf die Einzelbeichte zugegangen wurde. Aus verschiedenen Ansätzen verdichtete sich das Bedürfnis nach Konkretisierung zu der Feststellung: Evangelische beichten.

Hierin zeigt sich, wie der Kirchentag den künftigen Weg des Protestantismus mitbestimmen kann, wenn seine fördernden Initiativen Widerhall finden. Der Kirchentag sammelt manche noch nicht ausgereiften Anregungen, läßt sie durch Theologen und Laien prüfen und bietet sie dem Kirchenvolk an, das sich als Großgemeinde viel unvoreingenommener mit dem Dargebotenen auseinandersetzt, als wenn es getrennt nach verschiedenen Bekenntnissen oder Landeskirchen aufgeboten würde.

Das von der improvisierten Großgemeinde ausgehende Kraftgefühl kennzeichnet das Wesen des Deutschen Evangelischen Kirchentages am deutlichsten. Darin liegt ein Zug zu echter Mitte. Das läßt die Vertreter auch begründeter Differenzierungen bedenken, wie weit sie noch in der Breite des Protestantismus verstanden werden. Neben die konfessionelle Überzeugung und Gewohnheit, die auch von der Tradition genährt wird, tritt ein neues sehr eindrückliches Erlebnis, das durch Wiederholung auf den Kirchentagen allmählich auch zur Gewöhnung wird: die evangelische Gemeinschaft über landeskirchliche, staatliche, kontinentale Grenzen hinweg. Das bedeutet keine Gleichmacherei, ebensowenig wie die Massen, die zu den großen Laientagen zusammenströmen, im eigentlichen Sinne „Masse“ sind. Aber der feste Wille der evangelischen Christen, zusammenzubleiben, nachdem man sich gefunden hat, ist so fühlbar, daß es jeder, der sich an den Stromkreis angeschlossen weiß, vermeiden wird, den leitenden Draht so zu überspannen, daß er reißt. Es liegt in der Verantwortung des Kirchentages, daß er seine Kraft zum Nutzen des gemeinsamen Zieles verwendet, aber es liegt auch in seiner Entwicklung, daß er an Selbstbewußtsein zunehmen und manche überlebte Rücksicht abstreifen muß.

Skeptiker sagen: Gewiß haben wir immer beobachtet, daß Alt und Jung sich auf den Kirchentagen sehr einmütig gebärden, daß Männer und Frauen, Jungen und Mädchen zu den Gottesdiensten, zum Abendmahl, zu den Bibelauslegungen, zu den seelsorgerlichen Gesprächen drängen; aber wo wirkt sich das später im Alltag, etwa in den Gemeinden aus, die doch die Kernform des evangelischen Zusammenwirkens darstellen? — Darauf wäre zu erwidern, daß die Gemeinden vielleicht nicht mit den erforderlichen Erntemaschinen versehen sind, mit denen man einbringen könnte, was aus der Saat gewachsen ist, die auf den Deutschen Evangelischen Kirchentagen ausgeworfen wird. Dennoch kennen wir ernste Bemühungen kirchlicher Amtsträger, den Kirchentag im Alltag des ihrer Verantwortung zugeordneten Bereiches fortzusetzen. Das ist kein einfaches Unterfangen; denn für viele ist der Deutsche Evangelische Kirchentag eben kein Alltag, sondern ein ausgedehnter Feiertag, für den sie sich besonders rüsten, Herz und Sinne öffnen, und von dem sie gespeicherte Impulse nach Hause mitnehmen. Die Transmission dieser Reservekraft auf die Ortsgemeinde hat sich noch nicht überall eingespielt, doch auf manche seit dem Zusammenbruch neu gewachsene Gemeinschaften funktioniert die Übertragung durchaus. Hätten wir genügend lebendige Gemeinden, wäre der Kirchentag einer seiner wichtigen Aufgaben entbunden. Denn er tritt nicht zu einem Wettbewerb mit eigenen Zielen an, sondern er kommt von der Kirche und führt zu ihr zurück.

In der Ordnung, die sich der Deutsche Evangelische Kirchentag als ständige Einrichtung auf Grund der Erfahrungen aus sechs Kirchentagen gegeben hat, ist zu lesen, daß er die evangelischen Christen in Deutschland sammeln, sie im Glauben stärken, für die Verantwortung in ihrer Kirche rüsten, zum Zeugnis in der Welt ermutigen und mit ihnen in der Gemeinschaft weltweiter Christenheit bleiben will. Das Zeugnis in der Welt setzt voraus, daß der Christ einen Standpunkt hat — auch in politischer oder sagen wir: in sozialetischer

Hinsicht. Dazu hilft ihm der Kirchentag. Wenn er auch in die meist allgemein gehaltenen Entschlüsse seiner Arbeitsgruppen oder in die zusammenfassenden „Worte“ bisweilen bestimmtere Wünsche aufnimmt, so gibt er allerdings keine konkreten Weisungen, sondern nur Richtpunkte. Im Gegensatz zur katholischen Kirche haben wir z. B. keine verbindliche Soziallehre. Hoffnungsvolle Ansätze zu einer Übereinstimmung evangelischer Fachleute über gewisse Grundfragen möge man immerhin im „Evangelischen Soziallexikon“, einem beachtlichen mittelbaren Beitrag des Kirchentages, sehen.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag will die Zusammenhänge überschaubar machen. Zunächst übt er sich in der Analyse und in der Diagnose der Gegenwartsnöte; aber er verschreibt keine Rezepte. Er reinigt jedoch bisweilen die Atmosphäre, wie ein Arzt, der ein stickiges Krankenzimmer ordentlich lüften läßt, ehe er seine Therapie spezifiziert. Der Kirchentag übt neben den Einrichtungen des Staates, neben den Parteien, den Verbänden, den wissenschaftlichen Forschungsgremien eine sichtende Funktion aus. Von Ungedulden wird er beredet, sich nicht auf die Stärkung des Glaubens und Gewissens zu beschränken, sondern seine bewegende Potenz für bestimmte Ziele einzusetzen. Bewußte oder unbewußte Nebenabsichten werden dabei in dem schwer abzugrenzenden Fragenkreis der Arbeitsgruppe „Volk und Politik“ spürbar. In diesem Lebensbereich des Laien, in dem sich Kirche und Welt begegnen, bemerkt der Kirchentag wohl am deutlichsten eine säkulare Leidenschaft. Er hat sich bisher glücklicherweise nicht in die Politik abdrängen lassen. Triebe er Politik, hörte er auf ein Politikum zu sein. An dieser Weiche stößt man auf ein doppeltes Mißverständnis: Einige unterstellen denen, die vor einer übertriebenen und einseitigen Politisierung der Kirche warnen, daß sie diese auf die Verkündung des Wortes und die Verwaltung der Sakramente beschränken wollten. Vermutlich ist es das schlechte Gewissen, der Politik die Pforten zu weit geöffnet zu haben, daß man sich auf die unwirkliche Alternative: „ganz oder gar nicht“ herausredet. Andere möchten den Kirchentag gerne für bestimmte Auffassungen mißbrauchen. Auf dem Kirchentag in Frankfurt wurde von der offenbar unvermeidlichen politischen Randzone her mancher Versuch unternommen, die Wertordnung, die der Kirchentag den Problemen zuweist, zugunsten politischer Konsequenzen umzustößeln. Man kann jedoch beruhigt feststellen, daß dieses Manöver die geistlichen Aspekte des Kirchentages nicht beeinträchtigt hat. Er hat ja auch sein äußeres Gepräge nicht durch die Zwischenfälle um Nuschke oder andere erhalten, wie dieser oder jener behauptet, der gar nicht am Kirchentag teilgenommen hat, zumindest aber nicht innerlich an dem Geschehen in Frankfurt beteiligt war.

Der Frankfurter Kirchentag hat in der Öffentlichkeit eine größere Beachtung gefunden als jeder der vorangegangenen. Obwohl die Tagespresse naturgemäß in erster Linie den Vorgängen mit politischem Anstrich nachspürte, kam auch in den Zeitungen das unpolitische Schwergewicht des evangelischen Laientages dieses Jahres zum Ausdruck. Noch nie ist soviel über die Referate geschrieben worden, und es zeugt für ihre Qualität, daß sie noch lange nach dem Kirchentag, vielfach sogar im Wortlaut, zum Abdruck kommen. Nicht nur der 7. Deutsche Evangelische Kirchentag könnte sich darüber beklagen, daß bisweilen etwas viel in politischen Sensationen spekuliert wurde. Das braucht man indessen nicht tragisch zu nehmen — zumal sehr deutlich geworden ist, wie so etwas zustande kommt, ja sogar, wer an politischem Mißklang interessiert ist. Mancher Redakteur, der außerhalb der Atmosphäre des Kirchentages seinem Tagewerk nachging — das ihn heißt, allen Vorgängen durch eindrucksvolle Formulierungen und Überschriften Lichter aufzusetzen —, hat einzelnen Meldungen oder Wendungen mehr Gewicht gegeben, als ihnen nach dem Gesamteindruck zukam. Bezeichnenderweise ist dieser Tendenz von Kirchentagsteilnehmern in Leserschriften nachdrücklich widersprochen worden. Im Ganzen aber ist zu sagen, daß die weltliche Presse dem Kirchentag eine außerordentlich verständnisvolle Aufmerksamkeit und sehr viel Raum gewidmet hat. Die kirchliche Presse, die sozusagen die zweite Welle der Berichterstattung trägt, hat das Selbstverständnis des Kirchentages sehr wirkungsvoll weitergegeben. Wer den Niederschlag eines Kirchentages beurteilen will, kann auf die kirchliche Presse nicht verzichten. Der hohe Anteil kirchlicher Pressevertreter an der Zahl von 700–800 in- und ausländischen Journalisten, die sich des Pressequartiers bedienten, erklärt auch dessen Bemühen, keinen Sensationen Vorschub zu leisten, sondern den Kirchentag eben Kirchentag sein zu lassen.

Auch z. T. scharfe Kritik ist an der Leitung des Kirchentages geübt worden. Soweit sie berechtigt oder konstruktiv war, wird sie vom Planungsausschuß ausgewertet werden. Daneben sind Äußerungen zu verzeichnen, bei denen man an die von Bischof Lilje bemängelte Allüre des Kritizismus denken muß. Kritik, die an dem Wesen des Kirchentages vorbeigeht, hinterläßt den Eindruck der Wichtigtuerei, gegen die auch Schreiber mit theologischer Bildung nicht gefeit sind. Solche Urteile von geringer Tiefe beruhen wahrscheinlich auf einem nur mittelmäßigen Durchblick durch den Kirchentag. Es ist sehr einfach, Freiheit von Bindungen zu fordern, aber es sollte dabei auch nicht vergessen werden, daß diese Freiheit keine Ordnungslosigkeit bedeuten kann. Es bleibt letztlich eine Erfahrungstatsache, daß alle Planung und alle Vorbereitung — auf die nicht verzichten darf, wer die Verantwortung des Kirchentages in der gegebenen politischen und geistigen Situation stärker empfindet als den Reiz suggestiver Wirkungen — umsonst wären, wenn auf einem Kirchentag nicht der Geist wehen wollte, von dem es heißt: „Der Herr aber ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.“ Deshalb sei an den Schluß die Hoffnung gesetzt, daß der Deutsche Evangelische Kirchentag sich solcher Freiheit stets bewußt sein möge. Das wäre rechte evangelische Verantwortung.

ERKLÄRUNG DES RATES DER EKD ZUR UNTERSCHRIFTENAKTION AUF DER SYNODE IN BERLIN

Unter dem Vorsitz von Bischof D. Dr. Dibelius trat am 13. August d. J. in Frankfurt/Main der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zu einer Sitzung zusammen, an der außer Landesbischof D. Dr. Lilje und Dr. Dr. Heinemann alle Ratsmitglieder teilnahmen. Im Anschluß an die Sitzung gab der Rat nachstehende Verlautbarung heraus:

„Der Rat der EKD nahm einen ausführlichen Bericht entgegen, den das Präsidium der Synode über das Zustandekommen, den Sinn und die Verwendung der Unterschriftensammlung vorgelegt hat, die während der Außerordentlichen Tagung der Synode in Berlin am 29. Juni 1956 veranstaltet wurde.

Der Rat stellt fest: Die Synode hat über die allgemeine Wehrpflicht nicht abgestimmt. Auch die Unterschriftensammlung war keine Abstimmung über die

Wehrpflicht. Die Synodalen, die die Unterschriftensammlung veranlaßten, wollten damit ermitteln, ob viele Synodale die Besorgnisse teilten, die den staatlichen Stellen vorgetragen werden sollten.

Der Rat spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Synodalen, die die Unterschriftensammlung veranlaßt haben, etwas unternommen haben, was Sache der gesamten Synode gewesen wäre. Er bedauert auch, daß durch die Behandlung der Unterschriftensammlung in der Öffentlichkeit Schaden angerichtet wurde. Der Rat begrüßt es, daß das Präsidium der Synode während des Kirchentages in Frankfurt/Main die hauptsächlich beteiligten Synodalen zu einer Aussprache zusammengeführt hat. Er bittet alle, die in besonderer kirchlicher Verantwortung stehen, die Auswirkungen ihrer Stellungnahmen und ihrer Äußerungen mit größter Sorgfalt zu bedenken.“

DAS PROTESTANTISCHE GEWISSEN IN DER KRISE

von Pfarrer Eberhard Stammler, Chefredakteur der „Jungen Stimme“

Die durch das Wehrpflichtgesetz ausgelöste Diskussion um das Gewissen ist allmählich in ein geradezu groteskes Stadium eingetreten. Auf der einen Seite wird der Triumph des Gewissens gefeiert, der nun endlich wieder die Würde der Individualverantwortung legalisiert habe, auf der anderen Seite aber offenbart sich eben an jener Entscheidungssituation der Ruin unserer überkommenen Gewissensethik. Ausgerechnet im Raum des Protestantismus hat sich das Schlachtfeld aufgetan, auf dem unter den Fahnen der Gewissensfreiheit die letzten Reste von Gewissensernst zerstört zu werden drohen. Wer jedem noch nicht zwanzigjährigen jungen Mann zumutet, daß er aus seiner eigenen Einsicht heraus die Entscheidung für oder gegen die Wiederbewaffnung fällt und wer dieser Entscheidung das hohe Prädikat eines Gewissensakts zusprechen will, überfordert jedenfalls in der gegenwärtigen westdeutschen Situation die Gewissenskapazität bei vielen in unverantwortlicher Weise. So unpopulär diese Feststellung angesichts der besonders in kirchlichen Kreisen forcierten öffentlichen Meinungen klingen mag, so drängt sie sich doch in steigendem Maße auf.

Es ist keineswegs in Frage zu stellen, daß es höchst achtenswerte Kriegsdienstgegner gibt und daß ihnen auch der rechtliche Schutz gesichert werden muß. Es ist noch weniger zu bezweifeln, daß die Wiederaufrüstung Westdeutschlands in weitesten Schichten auf zahllose politische und psychologische Bedenken stößt. Aber es ist schwer verständlich, daß auch ernst zu nehmende Theologen diese vielschichtigen aktuellen Bedenken, die vielfach aus einer begrenzten persönlichen Schau erwachsen sind, in den Rang legitimer und unantastbarer Gewissensäußerungen erheben.

An dieser Stelle wird ein generelles Problem des heutigen Protestantismus offenbar, das auch auf anderen Gebieten längst schon spürbar geworden ist. Dabei ist nicht zu beklagen, daß der Protestantismus seine „Obrigkeithörigkeit“ preisgegeben hat oder daß er widersprechende Stimmen laut werden läßt, sondern daß er den Menschen der Gegenwart letzten Endes einer grausamen Ratlosigkeit überläßt. Die klassische Formel: der einzelne Christ sei allein auf sein an das Wort Gottes gebundene Gewissen gewiesen, besitzt zwar immer noch für viele Spezialsituationen ihre unaufgebbare Würde. Aber sie bedeutet eine unbarmherzige Überforderung angesichts der so überaus kom-

plizierten modernen gesellschaftlichen Zusammenhänge und der gleichzeitigen Bedrohung durch die verschiedenartigsten Kollektivmächte. Welcher auch noch so gutwillige Christ ist denn heute wirklich noch in der Lage, allein aus eigener Einsicht heraus sachgerechte Urteile zu der erdrückenden Vielfalt aktueller Entscheidungsfragen zu fällen, zugleich einen zutreffenden Einblick in die entsprechenden Weisungen der Bibel zu gewinnen und dann — ebenfalls auf sich alleingestellt — daraus unaufgebbare Gewissensakte abzuleiten?

Es ist unverkennbar, daß aus dieser individuellen Ratlosigkeit heraus der Ruf nach überzeugender, geistlicher Autorität immer dringender wird. Auch der Protestantismus kann nicht umhin, das Auseinanderbrechen eines ursprünglich christlichen Ordnungsgewebes zur Kenntnis zu nehmen, in das der einzelne Christenmensch in seiner alltäglichen Entscheidungspraxis eingebettet war. Er wird sich deshalb nicht mehr der Aufgabe entziehen können, an dessen Stelle neue präzise Richtpunkte und Orientierungslinien aufzuzeigen und aus einer solchen stellvertretenden Verantwortung heraus das Risiko geistlicher Führung auf sich zu nehmen.

Es ließe sich zwar gerade angesichts der Wehrfrage darauf hinweisen, daß dieser Versuch an etlichen Stellen mit unverkennbarer Intensität unternommen wurde. Aber gerade in diesem Zusammenhang ist zu fragen, ob solche Weisungen und Entscheidungen aus einem genügenden Maß von Sachkenntnis und öffentlicher Verantwortung entsprangen. Wenn schon Männer der Kirche mit ihrer Autorität zu konkreten Tagesfragen konkrete Weisungen publizieren, dann muß auf jeden Fall sichergestellt sein, daß ihnen in keiner Weise unsachgemäßer Dilettantismus vorgeworfen werden kann. Darum wird es zutreffender sein, wenn sie präzise Normen formulieren, an denen sich die Gewissensentscheidung orientieren kann. Aber gerade auch dieses Bemühen darf nicht eine Situation von gestern im Auge haben, sondern muß den Menschen des Kollektivs von heute in aller Nüchternheit ansprechen.

Noch ungeklärter scheinen vielfach die theologischen Voraussetzungen für diese christliche Aktivität in der Öffentlichkeit zu sein. Solange der breite Raum des „Kirchenvolks“ unter der Hypothese einer neutestamentlichen Jüngergemeinde angesprochen wird und solange man die Situation der Massenkirche nur mit

dem Konzept der pneumatischen Personengemeinde zu meistern versucht, wird man der Aufgabe im „Vorfeld“ nicht gerecht werden können. Eine Gesinnungsethik im Stil der Bergpredigt widerspricht den Erfordernissen einer Verantwortungsethik, die sich dazu entschließt, auch von der Wirkung und vom Erfolg her zu argumentieren. Sofern die evangelische Kirche ihren Ruf an den Laien zum verantwortlichen Engagement in der Gesellschaft ernst nimmt, muß sie angesichts dieser Fragestellung einige mutige und ehrliche Schritte nach vorn tun.

Auf jeden Fall aber wird es der Protestantismus lernen müssen, das Gesetz des Korpsgeistes ernster zu nehmen. Er sollte erkennen, daß die Verantwortung einer geistlichen Führung gegenüber der großen Menge harte innere Disziplin und großzügigen Takt erfordert. Da es immer zum Wesen des Protestantismus gehören wird, auf die Methode institutioneller Gewissensbin-

dung zu verzichten und der freien Entscheidung des einzelnen Raum zu lassen, wird es um so mehr darauf ankommen, daß unterschiedliche Auffassungen in unbedingt fairer Weise zum Ausdruck kommen und die Kirche in ihrem Erscheinungsbild nicht allzu ungläubwürdig machen.

Es gibt genügend Anzeichen dafür, daß auch viele von denen, die nicht mehr in der unmittelbaren Reichweite des örtlichen Kirchturms leben, immer noch mit beträchtlichen Erwartungen auf die Kirche schauen. Sie sind oft genug zurückgestoßen oder enttäuscht worden. Dennoch bedeutet für sie ein nach der Welt offener Protestantismus immer noch eine wesentliche Chance. Sie warten darauf, daß ihnen hier eine überzeugende Autorität entgegentritt, die sie aus der Verlorenheit dieses Massenzeitalters zu einer tragfähigen Geborgenheit führt.

ENTTÄUSCHUNGEN

von Oberstudiendirektor Martin Boyken

Dem Eingeweihten ist es kein Geheimnis mehr, daß sich vieler Männer und Frauen, die einmal aus christlicher Verantwortung den Schritt in die Politik in der guten Überzeugung getan haben, daß sie damit auch im Sinne und zum Wohle ihrer Kirche handelten, zunehmend das Gefühl der Enttäuschung bemächtigt. Daß es sich nicht zu Bitterkeit und Entfremdung auswächst, liegt wohl nur daran, daß sie sich durch ihre aktive Teilnahme am kirchlichen Leben selbst als „die Kirche“ fühlen und darum nicht in Gegensatz zu ihr treten können und mögen. Aber das hebt unsere Verpflichtung als Kirche, diese Not zu sehen und mitzutragen, die ja nicht gerade den Schlechtesten von unseren Gliedern zu schaffen macht, nicht auf.

Trotz zum Teil erheblicher Hilfeleistung durch einzelne Pastoren und Gemeinden ist das Verhältnis zwischen der offiziellen evangelischen Kirche und der CDU von Anfang an seltsam gebrochen gewesen. Man braucht dabei noch gar nicht die besondere Lage in jenen Landeskirchen zu sehen, deren Kirchenleitungen ihrerseits einen politischen Kurs steuern, der die Richtung des ehemaligen Innenministers Heinemann stark bevorzugt. Vielmehr erscheint selbst in Landeskirchen wie der hannoverschen, wo dies nicht der Fall ist, das Verhältnis zwischen Landeskirche und CDU erheblich gehemmt — obwohl Männer wie Cillien und Osterloh gerade aus dieser Kirche kommen.

Die Gründe dafür sind selbstverständlich zunächst theologischer Natur und auch nicht schwer einzusehen. Eine Kirche kann und darf sich um ihres Auftrages an alle willen niemals einseitig politisch festlegen, auch dann nicht, wenn all ihr Handeln in den politischen Raum hineinwirkt. Sie muß darum alle amtliche Bindung zur einen oder anderen Seite ablehnen und sie hat auch immer wieder dem Politiker klarzumachen, daß er sich im Raume des Vorläufigen bewegt, daß Politik nicht das Höchste ist und daß alle Politik — auch die der Kirche förderliche — unter dem Gesetz von Schuld und Vergebung steht. Das gehört zum Auftrag der Kirche am Politiker. Aber wenn sie vergißt, daß auch sie in dieser Welt steht, und daß sie darum im gleichen Augenblick, da sie meint, sich der Politik enthalten zu können, eben mit dieser Enthaltensamkeit schon selbst politisch wirkt und bewußt oder unbewußt Stellung bezieht, stimmt auch ihre theologische Konzeption schon nicht mehr. Sie gerät dann in eine auch politisch schiefe Position, die sich dahingehend auswirkt, daß sie es aus theologischen Gründen ablehnt, ihre Freunde zu unterstützen, während sie

gleichzeitig zur Betonung ihrer Neutralität die politischen Gegner ihrer Freunde aufmerksamer behandelt als diese. Jeder, der etwas tiefer in den politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre gestanden hat, könnte dazu manches konkrete Beispiel nennen.

Aber zu diesen Hemmungen aus grundsätzlichen theologischen Erwägungen heraus treten mehr unbewußt auch solche psychologischer Natur, die von erheblicher Wirksamkeit sind. Es besteht heute innerhalb der Kirche kaum noch ein Zweifel darüber, daß die Kirche in der zweiten Hälfte des vergangenen und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts durch ihre zu enge Bindung an die Mächte der bestehenden bürgerlichen Ordnung eine schwere Schuld an der Arbeiterschaft auf sich geladen hat. Diese Erkenntnis hat recht viel guten Willen in der Kirche mobilisiert, diesen Fehler wettzumachen. Die breite Sozialarbeit der Kirche und ihr immer wiederholtes Gespräch mit Vertretern der Arbeiterschaft in den evangelischen Akademien sind ein Beweis dafür. Das schlechte Gewissen, auf diesem Gebiete an weiten Teilen unseres Volkes etwas versäumt zu haben, wirkt da als tiefer Dorn im Fleisch der Kirche. Die Ahnung, daß angesichts des Schwindens der sozialen Nöte zumindest in der Arbeiterschaft, der Zeitpunkt, das wiedergutzumachen, wahrscheinlich schon verpaßt ist, wirkt verschärfend. Und die psychologische Folge davon ist die Neigung, nach der Seite der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften hin ein freundliches Gesicht zu zeigen, auch wenn sie es einem schwer machen, das zu tun.

Nun, das ist gewiß eine heilsame Einübung in einer spezifisch christlichen Tugend. Aber sie hat ihre unerfreuliche Kehrseite nur allzu leicht darin, daß man den eigenen Leuten in der CDU gegenüber ein sehr viel weniger freundliches Gesicht aufsetzt, denn auch hier wirkt ja, da sie erstens bürgerlich und zweitens an der Regierung sind, der Schuldkomplex gegenüber der Arbeiterschaft nach, die man damals um der Regierung und des Bürgertums willen im Stich gelassen hat. Da man außerdem von dieser Seite kaum etwas zu befürchten, sondern nur Förderung zu erwarten hat, kann man es sich erlauben, sich so zu zeigen, wie der außerhalb seiner eigenen vier Wände ob seiner Freundlichkeit allseits beliebte Ehemann, der daheim gar nicht so charmant und bezaubend ist, wie er sich draußen gibt.

Aber diese Dinge verstehen, kann und darf nicht bedeuten, sie gutzuheißen. Im Gegenteil, sie müssen

uns gerade als Kirchenglieder mit Sorge und Wachsamkeit erfüllen. Denn wenn die Dinge so weitergehen, kommt die Kirche dadurch in eine unerfreulich schiefe Stellung. Man kann nicht einerseits das durch die augenblickliche politische Konstellation bedingt milde Klima für die Kirche, das ihr manche Vorteile — einschließlich erstaunlicher Freundlichkeiten von der SPD — gebracht hat, genießen, und andererseits so tun, als wüßte man nicht, daß man diese Wetterlage nur der Existenz und der Stärke der CDU und ihrer Koalitionspartner verdankt. Undankbarkeit ist auch im Raume der Kirche ein häßlicher Zug. Man kann auch nicht einige seiner Leute mit mehr oder weniger amtlichem Auftrag in die politische „Drecklinie“ schicken, um dann, wenn sie draußen stehen, das Tor hinter ihnen zuschließen und sich selbst hinter die Mauern einer theologisch so schön gerechtfertigten Neutralität zurückziehen.

Andererseits bedarf es zu einer Ausräumung der Hemmungen zwischen der Kirche und den bürgerlichen Parteien auch einiger Anstrengungen auf seiten der Politiker. Wenn wir anfangs sagten, daß es zu einer wirklichen Entfremdung zwischen ihnen und der Kirche nicht kommen kann, weil sie sich ja selbst als ein Stück ihrer Kirche fühlen, so betrifft das doch nur

einen, wenn auch sicher maßgeblichen, so doch nicht unbedingt übergroßen Teil der Politiker im Lager der CDU. Ohne Zweifel gibt es auch solche, denen das „christlich“ im Namen ihrer Partei weder wichtig ist, noch Not macht. Sie sind ohne eigentliche Bindung an die Gemeinde, auch wenn sie sonst vielleicht voll ehrlichen Willens sind. Von jenen, die „Christus sagen und Kattun meinen“, gar nicht zu reden. Sicher könnte zur Verbesserung des Klimas zwischen Partei und Kirche nichts mehr beitragen, als wenn so viele christliche Politiker wie möglich aktiv in ihren Gemeinden mitwirkten und ihre Kraft zu handeln von dort empfangen. Nichts bindet mehr als solche persönliche Mitarbeit in der Gemeinde. Und wenn die Gemeinde weiß, für wen sie betet, wenn am Sonntag das Gebet für die Regierenden gesprochen wird, wenn sie ihre Männer dort draußen kennt, weil sie immer wieder zurückkehren an den gemeinsamen Tisch, der ja der Tisch des Herrn ist, kann auch die unnötige Entfremdung zwischen Kirche und CDU schwinden. Es bleiben so wieso noch immer Grenzen genug zwischen dem politischen und dem kirchlichen Raum, die wir nicht ungestraft überschreiten.

(Mit freundlicher Genehmigung der Schriftleitung entnommen aus dem „Stader Sonntagsblatt“ Nr. 30/1956.)

DAS MEMORANDUM ZUR FRAGE DER WIEDERHERSTELLUNG DER DEUTSCHEN EINHEIT

Das „Memorandum der Bundesregierung zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit“ vom 2. September 1956, das am 7. September in Moskau und gleichzeitig in Washington, Paris und London durch die Botschafter der Bundesrepublik übergeben wurde, ist in der Öffentlichkeit im allgemeinen nur durch kurze Presseauszüge bekannt geworden. Man kann die Bedeutung dieses Dokuments aber nur ermessen, wenn man es im Wortlaut kennt. Die sowjetrussische Deutschlandpolitik seit 1945 ist dadurch gekennzeichnet, daß die große Zahl von Argumenten, mit denen Moskau seine Politik der Verhinderung einer Wiedervereinigung Deutschlands begründete, doch nur ein politisches Ziel sichtbar werden ließ: die Einbeziehung Westdeutschlands in den sowjetischen Machtbereich. Unter diesen Umständen hatte die Bundesregierung ein überaus schwieriges Problem zu lösen, wenn sie in einer für die Regierung der UdSSR bestimmten Denkschrift diese in der Wiedervereinigungsfrage ansprechen wollte. Sie hat sich — nach sehr sorgfältiger Vorbereitung — dieser Aufgabe unterzogen. Sie hat in einer klaren, maßvollen, aber in der Sache unerbittlichen Sprache die wichtigsten Argumente Moskaus in wirkungsvoller Weise entkräftet. Sie hat — und das ist wesentlich — darüber hinaus den Versuch unternommen, die Hintergründe der Moskauer Politik zu beeinflussen: Das Memorandum spricht eine so eindringliche Sprache des Verständigungswillens, daß es seine Wirkung nicht verfehlen kann — sofern diese Möglichkeit überhaupt gegeben ist. Wir glauben daher, unseren Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir hier, anstelle eines außenpolitischen Berichtes, das Memorandum im Wortlaut wiedergeben.

Die Red.

1. Im September 1955 ist zwischen den Regierungsdelegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion in Moskau der übereinstimmende Entschluß festgestellt worden, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Nachdem dieser Entschluß in die Tat umgesetzt worden ist und die Botschaften in Bonn und Moskau ihre Tätigkeit aufgenommen und sich eingearbeitet haben, hält es die Bundesregierung für an der Zeit, an eine weitere im Zusammenhang damit getroffene Vereinbarung zu erinnern. Sie ist in dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten Bulganin vom 13. September 1955 an die Regierungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland in folgenden Worten zum Ausdruck gebracht worden:

„Die Regierung der Sowjetunion verleiht der Überzeugung Ausdruck, daß die diplomatischen Beziehungen, die nun hergestellt werden, zur Entwicklung der gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen werden.“

Hierbei geht die Sowjetregierung davon aus, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zur Lösung der ungeklärten Fragen beitragen wird, die das ganze Deutschland betreffen und somit zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes — der Wiederherstellung der Einheit des deutschen demokratischen Staates — verhelfen wird.“

Die Bundesregierung hat in ihrem Antwortschreiben vom selben Tage diese Vereinbarung bestätigt und in den gleichen Worten zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß es der ernste Wille beider Seiten war und auch heute noch ist, diese Vereinbarung zu verwirklichen und ihre Politik demgemäß zu führen.

Im Geiste dieser Vereinbarung erlaubt sich die Bundesregierung, der Regierung der UdSSR ihre Gedanken darüber darzulegen, wie die Wiedervereinigung des deutschen Volkes am besten und raschesten in einer für die zunächst Beteiligten und gleichzeitig für alle Völker befriedigenden Weise gelöst werden kann.

2. Die Regierung der UdSSR hat neuerdings verschiedentlich die Auffassung vertreten, daß die Existenz zweier deutscher Staaten eine Realität sei, der man Rechnung tragen müsse, daß es daher diesen beiden überlassen bleiben müsse, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Sie hat mehrfach durchblicken lassen, daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands gegenwärtig nicht für dringlich halte. Sie hat demgemäß auch wiederholt vorgeschlagen, daß ein europäisches Sicherheitssystem geschaffen werden sollte, an dem zunächst zwei deutsche Staaten als Mitglieder zu beteiligen seien.

Demgegenüber hat die Sowjetregierung selbst noch vor wenigen Jahren die Lösung des deutschen Problems als eine unaufschiebbare Aufgabe bezeichnet (Note der Sowjetregierung an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vom 28. September 1953). In ihrer Note vom 15. August 1953 an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten hat die Sowjetregierung als ihre Auffassung zum Ausdruck gebracht,

„daß die Frage der Wiederherstellung der nationalen Einheit eines demokratischen Deutschlands für das deutsche Volk die Hauptfrage war und bleibt, an deren Lösung die friedliebenden Völker ganz Europas interessiert sind“.

In dieser Note erklärte die Sowjetregierung weiterhin:

„Keinerlei Ausreden können eine weitere Verzögerung dieser Angelegenheit rechtfertigen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der UdSSR für diese Lösung die Hauptverantwortung tragen. Auf keinen Fall dürfen solche Maßnahmen aufgeschoben werden, die, sei es auch nur einer allmählichen Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, der Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung dienen können.“

Die Bundesregierung vermag keine Gründe zu sehen, die die Sowjetregierung veranlassen könnten, ihre Auffassung über die Dringlichkeit der Wiedervereinigungsfrage zu ändern. Sie ist ihrerseits der Auffassung, daß alle Gründe, welche die Sowjetregierung damals von der Dringlichkeit der Frage überzeugt haben, auch heute noch fortbestehen, ja sich sogar verstärkt haben. Die Sowjetregierung hat es in ihrer Note vom 10. März 1952 an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten selbst als einen anomalen Zustand bezeichnet, daß seit Beendigung des Krieges in Europa bereits sieben Jahre vergangen wären und noch immer kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wurde. Inzwischen dauert dieser anomale Zustand nun schon elf Jahre an. In ihrer Note vom 9. April 1952 an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten hat die Sowjetregierung sogar davon gesprochen, daß mit dem Fortbestehen der Teilung Deutschlands die Gefahr eines Krieges in Europa verbunden sei. Die Bundesregierung teilt die von der Sowjetregierung damals ausgesprochene Ansicht, daß die Fortdauer der Spaltung Deutschlands eine schwere internationale Gefahr darstellt. Wenn auch im Vergleich zu den schweren internationalen Spannungen, die noch im Jahre 1952 bestanden, glücklicherweise eine gewisse Besserung der Lage zu verzeichnen ist, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß eine dauerhafte Befriedung Europas eine Lösung der deutschen Wiedervereinigungsfrage und damit die Beseitigung der in der Spaltung Deutschlands beschlossenen Gefahren fordert. Wiederholt hat die Sowjetunion erklärt, daß es die aufrichtige Absicht der sowjetischen Politik sei, den Weltfrieden zu sichern und in Europa eine dauerhafte Ordnung herbeizuführen, die allen Völkern Sicherheit, Freiheit und Wohlstand bietet. Es scheint der Bundesregierung unvereinbar mit diesen Absichten zu sein, wenn die Sowjetregierung andererseits die Spaltung Deutschlands unnötigerweise verlängert, indem sie, entgegen der Auffassung der weit überwiegenden Mehrheit der Staaten der ganzen Welt, die Existenz zweier deutscher Staaten behauptet.

3. Über die Rechtslage besteht, wie die Bundesregierung mit Befriedigung feststellt, Übereinstimmung: Mit der Übernahme der Regierungsgewalt bei Beendigung der Feindseligkeiten übernahmen die Vier Mächte die Verpflichtung, Deutschland als Ganzes zu erhalten. Sie haben sich in der Folgezeit immer wieder zu dieser rechtlichen Verpflichtung und zu ihrer moralischen Verantwortlichkeit für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bekannt. In ausdrücklicher Anerkennung dieser „gemeinsamen Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands“ ist daher zum Beispiel auch die Direkte der vier Regierungschefs an die Außenminister vom 23. Juli 1955 abgefaßt worden.

4. Die internationale Entwicklung der letzten Jahre vermag nach der Auffassung der Bundesregierung keinesfalls eine so tiefgreifende Meinungsänderung zu rechtfertigen, wie sie aus den neueren Äußerungen der Sowjetregierung hervorzugehen scheint. Die Bundesregierung weiß, daß die Sowjetregierung ihr jetziges Urteil in der deutschen Wiedervereinigungsfrage u. a. damit begründet, daß sich die Bundesrepublik dazu entschlossen hat, eigene Streitkräfte aufzustellen und dem Verteidigungssystem des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union beizutreten. Die Bundesregierung glaubt indessen, daß die sowjetische Bewertung dieser Politik auf irrigen Voraussetzungen und Annahmen beruht, und sie kann nicht die Hoffnung aufgeben, die Sowjetregierung und das sowjetische Volk von der Irrigkeit dieser Annahmen und Voraussetzungen zu überzeugen.

5. Es kann nicht angenommen werden, daß die Aufstellung eigener Streitkräfte durch die Bundesrepublik ernsthafte Befürchtungen der Sowjetregierung für ihre eigene Sicherheit oder die Sicherheit der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands hervorruft. Es ist eine unbestreitbare Befugnis jedes souveränen Staates, das Recht der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung auszuüben, das im Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen — deren Mitglied die Sowjetunion ist — allen Staaten zugestanden wird. Die Sowjetregierung hat ferner selbst in ihrem Entwurf für einen Friedensvertrag für Deutschland am 10. März 1952 vorgeschlagen, daß es dem wiedervereinigten Deutschland gestattet sein soll, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu haben, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind. Die Stärke der Streitkräfte, deren Aufstellung die Bundesrepublik plant, liegt, gemessen an der Bevölkerungszahl der Bundesrepublik, weit unter dem Rüstungsstand, den die meisten anderen Staaten in Europa, insbesondere auch in Ost-Europa, aufweisen. Die von der Bundesrepublik eingeführte allgemeine Wehrpflicht ist eine Form des Militärdienstes, die auch in der Sowjetunion üblich ist. Die Bundesrepublik hat als einziges Land der Welt förmlich auf die

eigene Herstellung nicht nur aller Massenvernichtungswaffen (Atomwaffen, biologischer und chemischer Waffen), sondern darüber hinaus zahlreicher schwerer Waffen verzichtet. Schon darin kommt der defensive Charakter ihrer militärischen Maßnahmen eindeutig zum Ausdruck.

6. Zugleich zeigt sich hierin, welche Haltung die Bundesregierung in der Abrüstungsfrage einnimmt. Sie ist an einer allgemeinen Abrüstungsvereinbarung lebhaft interessiert.

Sie ist es zunächst aus dem allgemeinen Grunde der Sicherung des Friedens. Bundeskanzler Adenauer hat in Moskau am 9. September 1955 gesagt:

„Das oberste Gut, das es für alle Deutschen zu wahren gilt, ist Friede. Wir wissen nur zu gut, wie sehr insbesondere das sowjetische und deutsche Volk unter dem letzten Krieg gelitten haben, und ich glaube deshalb, daß ich Verständnis finde, wenn ich sage, daß das Grauen vor den Zerstörungen eines modernen Krieges, vor den millionenfachen Menschenopfern, vor der Vernichtung der Häuser und Arbeitsstätten, vor der Verwüstung von Städten und Landschaften, sich allen tief eingepreßt hat. Auch in Deutschland weiß man zudem, daß die naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritte, die seit dem letzten Krieg auf dem Gebiet der Atomspaltung und verwandten Gebieten gemacht worden sind, den Menschen Möglichkeiten der Vernichtung in die Hand geben, an die wir nur mit Schauern denken können. Schließlich weiß jedermann in Deutschland, daß die geographische Lage unseres Landes uns im Falle eines bewaffneten Konflikts besonders gefährden würde. Sie werden deshalb niemanden in Deutschland finden, nicht nur unter den verantwortlichen Politikern, sondern auch in der gesamten Bevölkerung, der auch nur von ferne mit dem Gedanken spielt, irgendeines der großen politischen Probleme, die der Lösung harren, könne durch das Mittel des Krieges gelöst werden. Die Sehnsucht, die die Menschheit ergriffen hat, daß der Krieg sich durch seine eigene Furchtbarkeit überlebt haben möge, diese Sehnsucht lebt stark und tief auch in den Herzen der Deutschen.“

Das gilt unvermindert noch heute.

Es wäre auch ein Mißverständnis, anzunehmen, die Bundesregierung widerstrebe einer allgemeinen Abrüstung, indem sie sie mit der gleichzeitigen Regelung der deutschen Wiedervereinigungsfrage in Verbindung bringt und indem sie fortfährt, eigene Streitkräfte aufzustellen.

Die Verbindung der Abrüstungsfrage mit der Wiedervereinigungsfrage ist unvermeidlich. Man erweist dem Abrüstungsgedanken einen schlechten Dienst, wenn man ihn von allen politischen Voraussetzungen löst und sozusagen im luftleeren Raum diskutiert. Eine allgemeine Abrüstung kann — realistisch gesehen — nur zustande kommen, wenn die politischen Voraussetzungen dafür vorliegen. Denn die Staaten werden einfach — die Erfahrung lehrt das zur Genüge — solange nicht ernstlich zu einer effektiven Abrüstung bereit sein, als es schwebende Konflikte gibt, die zu einem gewaltvollen Ausbruch führen können. Daher kommt es darauf an, die Ursachen der heute noch bestehenden Spannungen zu beseitigen, die zu dem gegenwärtigen hohen Stand der Rüstungen in der Welt geführt haben. Die Bundesregierung hat aber immer wieder betont, daß sie es für durchaus möglich hält, die Abrüstungsfrage Hand in Hand mit der Wiedervereinigungsfrage zu lösen. Sie ist also keineswegs der Meinung, daß man mit einem Abrüstungsabkommen warten muß, bis die Wiedervereinigung vollendet ist.

Es liegt auch auf der Hand, daß die Aufstellung eigener Streitkräfte nicht im Widerspruch zu den Abrüstungswünschen der Bundesregierung steht. Ein Abrüstungsabkommen kann nicht in der Weise geschlossen werden, daß ein Staat, der überhaupt keine Soldaten hat, auf diesem Stande stehen bleibt, während ein anderer, der über 100 Divisionen verfügt, davon 20, 40 oder auch 60 Divisionen abbaut. Es muß vielmehr von einem vergleichbaren Stande der Rüstungen ausgegangen werden — ein Grundsatz, der übrigens schon in den langwierigen, aber leider ergebnislosen Abrüstungsbemühungen Anfang der 30er Jahre Anerkennung gefunden hat. In keiner Weise schließt also die Aufstellung eigener Streitkräfte die ständige aktive Bemühung der Bundesregierung um das Zustandekommen einer allgemeinen Abrüstungsvereinbarung aus.

7. Auch die Tatsache, daß die Aufstellung der Streitkräfte in Verbindung mit der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Nordatlantikpakt und der Westeuropäischen Union geschieht, ändert an dieser Beurteilung nichts. Wenn es diese Tatsache ist, die die Sowjetunion beunruhigt, so muß zunächst festgestellt werden, daß alle von sowjetischer Seite in bezug auf die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in diesen Organisationen geäußerten Befürchtungen von irrigen Voraussetzungen über deren Wesen ausgehen. Sowohl der Nordatlantikpakt als auch die Westeuropäische Union sind Verbindungen, die ausschließlich dem Zwecke der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung dienen. Zudem stellt die Westeuropäische Union zugleich ein wirksames System der Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen der Mitgliedstaaten dar. Sie ist ein Beispiel dafür, was auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle erreicht werden kann, wenn Völker zum Zwecke der Befriedung und Entspannung zusammenarbeiten.

Die Mitglieder der atlantischen und westeuropäischen Verteidigungsorganisation sind sich in ihrer defensiven Zielsetzung vollkommen einig. Jedes von ihnen hat das größte Interesse daran, daß kein Mitglied in der Verfolgung seiner nationalen politischen Ziele Schritte unternimmt, die zu einer

kriegerischen Verwicklung führen könnten. Die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen muß daher auf die Politik jedes Mitgliedstaates eine mächtige Wirkung ausüben. Nur dann kann ein Mitgliedstaat auf die Hilfe seiner Verbündeten rechnen, wenn ein Angriff festgestellt ist.

An dieser Stelle muß noch einmal gesagt werden, daß nach den kriegerischen Verwicklungen und Katastrophen der letzten Jahrzehnte das Verlangen aller Völker, insbesondere der von den beiden Weltkriegen schwer getroffenen Völker Deutschlands und der Sowjetunion, nach einer internationalen Ordnung, die allen Sicherheit und Frieden bietet, zutiefst verständlich ist. Die Bundesregierung ist entschlossen, auch die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands nur mit friedlichen Mitteln zu erstreben. Sie ist jederzeit bereit, diesen den westlichen Völkern gegenüber ausgesprochenen, aber für das Verhältnis zu allen Völkern gültigen Gewaltverzicht auch gegenüber der Sowjetunion und anderen östlichen Nachbarländern in bindender Form zu wiederholen.

8. Es ist ferner ein bedauerliches Mißverständnis, wenn die Sowjetregierung annimmt, von den Westmächten werde die Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands zum Nordatlantikkpakt und zur Westeuropäischen Union nach der Wiedervereinigung gefordert. Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten haben eine solche Bedingung niemals aufgestellt. Vielmehr ist schon auf der Berliner Vier-Mächte-Konferenz von 1954 deutlich ausgesprochen worden, daß es die Politik der drei Westmächte ist, einem wiedervereinigten Deutschland volle Entscheidungsfreiheit für seine Außenpolitik einzuräumen. Auch die Bundesregierung hat stets den Grundsatz vertreten, daß eine künftige gesamtdeutsche Regierung frei darüber müsse entscheiden können, ob es die Sicherheit Gesamtdeutschlands in der Verbindung mit dem Westen, mit dem Osten oder in der Bündnislosigkeit suchen wolle. Sie hat diesen Grundsatz der Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands zu einem tragenden Bestandteil ihrer Politik gemacht.

Es ist eine Bestätigung dieser Haltung, wenn die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten in ihrem Genfer Vorschlag vom 28. Oktober 1955 über „Wiedervereinigung Deutschlands und Sicherheit“ der Sowjetunion für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands eine ganze Anzahl von Sicherheitsgarantien angeboten haben, die auch dann in Kraft treten sollten, wenn die gesamtdeutsche Regierung es ablehnen würde, dem westlichen Verteidigungssystem anzugehören. Zusätzliche Sicherheitsgarantien sollten nach diesem Vorschlag für den Fall gewährt werden, daß Gesamtdeutschland sich für eine Mitgliedschaft in der NATO entscheiden würde. Hierzu gehörte die gegenseitige Beistandsleistung, die sich beide Seiten für den Fall eines bewaffneten Angriffs in Europa durch ein NATO-Mitglied auf einen nicht der NATO angehörenden Staat — und umgekehrt — vertraglich versprechen sollten.

Diese Sachlage ist völlig zutreffend von dem britischen Premierminister Eden in seiner Unterhauserklärung vom 23. Juli 1956 noch einmal klargestellt worden.

9. Wenn die Sowjetregierung weiter glauben sollte, der Wiedervereinigung Deutschlands deshalb nicht zustimmen zu können, weil im Falle einer Entscheidung Gesamtdeutschlands für seine Zugehörigkeit zur NATO die Streitkräfte und die militärischen Anlagen der NATO einige hundert Kilometer weiter nach Osten vorrücken würden, so könnte dieser Besorgnis durch geeignete Vorkehrungen begegnet werden. Nachdem der britische Premierminister Eden aus solchen Erwägungen heraus schon am 18. Juli 1955 in Genf die Schaffung einer entmilitarisierten Zone zwischen Ost und West zur Diskussion gestellt hatte, heißt es, aus den gleichen Erwägungen, in Punkt 3 des gemeinsamen Entwurfs Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vom 28. Oktober 1955 für einen „Vertrag mit besonderen Garantien bei Wiedervereinigung Deutschlands“:

„In den der Demarkationslinie nächst gelegenen Teilen der Zone könnten besondere Maßnahmen der Verteilung militärischer Verbände und Anlagen getroffen werden.“

Die Bundesregierung bedauert es sehr, daß es bisher nicht zu einer ausführlichen Diskussion dieses bedeutsamen Vorschlags gekommen ist, dem der allgemeine Gedanke zugrunde liegt, daß mit der Wiedervereinigung nicht beabsichtigt ist, die militärische Lage einer Mächtigkeitsgruppe zu verbessern.

10. Überhaupt hat die Bundesregierung den ernststen Willen, den Sicherheitswünschen der Sowjetunion soweit wie irgend möglich Rechnung zu tragen, obwohl sie nicht zugeben kann, daß objektiv die Sicherung der Sowjetunion irgendwie durch die Politik der Bundesregierung beeinträchtigt wird. Sie hat es daher begrüßt, daß auf beiden Genfer Konferenzen des Jahres 1955 die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands eng mit den Fragen eines europäischen Sicherheitssystem verbunden worden ist. Trotz des für das deutsche Volk enttäuschenden Endergebnisses der Genfer Verhandlungen ist sie der Meinung, daß die Erörterung der Sicherheits- und Wiedervereinigungsfrage zu gewissen Fortschritten geführt hat und daß eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden sind, deren weitere Erörterung fruchtbar sein würde.

Die Bundesregierung befürwortet ein europäisches Sicherheitssystem, das von einem feierlichen Verzicht aller Mitglieder ausgeht, in ihren gegenseitigen Beziehungen Gewalt eines solchen Sicherheitssystems sollte sich jeder Mitgliedstaat verpflichten, einem Angreifer jegliche Unterstützung zu verweigern. Die Bundesregierung steht diesen Gedanken grundsätzlich positiv gegenüber. Sie wird sich auch anderen

geeigneten Vorschlägen für Elemente eines Sicherheitssystems nicht verschließen. So befürwortet sie auch eine gegenseitige Beistandsverpflichtung aller Mitglieder eines europäischen Sicherheitssystems für den Fall eines bewaffneten Angriffs in Europa durch ein NATO-Mitglied auf einen nicht der NATO angehörenden Staat — und umgekehrt. Soweit es Befürwortungen für ihre eigene Sicherheit sein sollten, welche die Sowjetunion veranlassen, ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands zu verweigern, steht nichts im Wege, die bisherigen Überlegungen erneut auf ihre Brauchbarkeit zu überprüfen.

11. Die Sowjetregierung hat ihrerseits der Genfer Außenministerkonferenz am 28. Oktober 1955 den Entwurf eines allgemeinen Vertrages über kollektive Sicherheit vorgelegt, der eine Reihe von parallelen Vorschlägen enthielt.

Ein fundamentaler Unterschied des sowjetischen Vorschages gegenüber dem westlichen bestand jedoch darin, daß er die Mitgliedschaft zweier deutscher Staaten in diesem Vertragssystem vorsah.

Ebenso wie die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ein europäisches Sicherheitssystem unter Beteiligung zweier deutscher Staaten ein in sich widerspruchsvoller und zum Scheitern verurteilter Gedanke ist. Dieser Gedanke steht auch im Widerspruch zu der Direktive der vier Regierungschefs vom 23. Juli 1955, in der ausdrücklich die enge Verbindung zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Problem der europäischen Sicherheit festgestellt und deshalb eine gleichzeitige Behandlung der beiden Fragen vorgesehen wurde. Die Gründe für diesen Zusammenhang sind oft ausgesprochen worden: Die Spaltung Deutschlands ist ein abnormer Zustand. Ein Sicherheitssystem auf der Grundlage dieses Zustandes würde diesen geradezu versteuern, während es doch Aufgabe des Sicherheitssystems sein soll, einen normalen Zustand herbeizuführen und gleichzeitig die angeblichen oder wirklichen Sicherheitsbedürfnisse der mittelbar und unmittelbar Beteiligten zufriedenzustellen.

Die Bundesregierung hält es daher für unerlässlich, die Lösung der beiden Fragen so miteinander zu verbinden, daß von vornherein nur ein deutscher Staat, nämlich das wiedervereinigte Gesamtdeutschland, in das europäische Sicherheitssystem eintritt.

12. Diese Forderung führt zu der Frage, auf welchem Wege die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen werden kann.

Noch am 23. Juli 1955 hat der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Marschall Bulganin, mit den Regierungschefs von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten eine Vereinbarung darüber getroffen, daß „die Regelung der Deutschland-Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands im Wege freier Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit erfolgen muß“. Als diese Vereinbarung am 23. Juli 1955 unterschrieben wurde, waren die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 längst in Kraft getreten, und die Bundesrepublik gehörte der NATO und der WEU an. Gleichwohl lehnte der sowjetische Außenminister Molotow am 8. November 1955 in Genf den Vorschlag der drei Westmächte, noch im Laufe des Monats September 1955 in ganz Deutschland freie und geheime Wahlen abzuhalten, mit der Begründung ab, daß sich die Lage seit der Berliner Konferenz von 1954 infolge der Pariser Abkommen ernstlich geändert habe. Im Gegensatz zu der Genfer Direktive der vier Regierungschefs vom 23. Juli 1955 vertrat Außenminister Molotow die Auffassung, daß die Frage der Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen noch nicht reif sei und daß es zunächst einer „Annäherung und Zusammenarbeit“ zwischen den nach seiner Meinung existierenden beiden deutschen Staaten bedürfe. Der sowjetische Außenminister hat damit eine neue Bedingung für die Wiedervereinigung Deutschlands gestellt, die praktisch darauf hinausläuft, die Wiedervereinigung Deutschlands für lange Zeit unmöglich zu machen.

Die Bundesregierung sollte nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß es dem Regime der sog. „DDR“ in langen Jahren nicht gelungen ist, Vertrauen und Zustimmung in der eigenen Bevölkerung zu erringen. Dieses Regime, das für sich in Anspruch nimmt, ein Staat der Werktätigen, insbesondere der Arbeiter und Bauern zu sein, wird gerade von der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter und Bauern Mitteldeutschlands abgelehnt. Die Bundesregierung zweifelt nicht daran, daß sich die Sowjetregierung nach dem Volksaufstand in der Sowjetzone am 17. Juni 1953 darüber selbst erste Gedanken gemacht hat. Leider haben sich die Verhältnisse in Mitteldeutschland seit diesen Ereignissen in keiner Weise gebessert. Vielmehr ergießt sich weiterhin ein ununterbrochener Strom von Flüchtlingen aus dieser Zone in die Bundesrepublik, der im ersten Halbjahr 1956 auf durchschnittlich 23 712 Menschen im Monat angewachsen ist.

Im Gegensatz zu diesem Bilde, das die Realität der Zone bietet, hat der sowjetische Außenminister Molotow am 8. November 1955 in Genf behauptet, eine „mechanische Verschmelzung der beiden Teile Deutschlands durch sogenannte freie Wahlen werde zur Verletzung der ureigenen Interessen der Werktätigen der DDR“ führen. Sie würde in ganz Deutschland die Herrschaft der großen Monopole, Junker und Militaristen wiederherstellen. Die Werktätigen Deutschlands hätten aber zum ersten Male in Gestalt der DDR ihr wahres Vaterland gefunden, einen deutschen Staat, in dem nicht große Monopolherren und Junker, sondern das schaffende Volk selbst Herr seines Landes sei.

Diese Ausführungen verraten, wie wenig der sowjetische Außenminister mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in Deutschland vertraut war. Jedes Gespräch mit deutschen Arbeitern und Bauern hätte ihn darüber belehren können, daß er ein völlig unzutreffendes Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse vor Augen hatte. Alle hätten ihm freilich sagen können, daß es in der Bundesrepublik kein privater Unternehmer wagen kann, ihnen „Arbeitsnormen“ aufzuzwingen, wie sie ihnen die Funktionäre der SED und des FDGB zudiktieren.

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die Errichtung einer sowjetischen Botschaft in Bonn dazu führen würde, der Sowjet-Regierung ein wirklichkeitstreuendes Bild von den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik zu vermitteln. Die Sowjet-Regierung würde dann zweifellos ihre Einwände aufgeben müssen, die sie unter Berufung auf die politischen und gesellschaftlichen Zustände in beiden Teilen Deutschlands gegen die Abhaltung freier Wahlen erhebt.

13. Seit ihrem großen Friedensdekret vom November 1917 hat sich die Sowjet-Regierung stets zum Selbstbestimmungsrecht der Völker bekannt. Dieses auch von der Bundesregierung als grundlegend für das friedliche Zusammenleben der Völker angesehene Prinzip, das auch in der Charta der Vereinten Nationen, in der Atlantik-Charta und vielen anderen entscheidenden Dokumenten seinen Ausdruck gefunden hat, besagt: Jede Nation soll frei über ihre Geschicke selbst bestimmen können. Sie soll selbst entscheiden, in welchem staatlichen Verbands und unter welcher Regierungsform sie leben will; welche gesellschaftliche Ordnung sie bevorzugt; welche Außenpolitik sie führen und mit welchen Staaten sie enger zusammenarbeiten will.

Noch auf der Londoner Suezkanal-Konferenz erklärte Außenminister Schepilow:

„Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß Versuche als untauglich aufgegeben werden müssen, dem einen oder dem anderen Volk eine innere Einrichtung und solche Zustände aufzuzwingen, die zwar diesen oder jenen fremden Mächten gefallen mögen, jedoch beim Volk selbst nicht die notwendige Sympathie und Unterstützung finden.“

Er erinnert mit Recht daran,

„daß eine Einmischung in Angelegenheiten, die wesentlich in der inneren Zuständigkeit eines Staates liegen, nach der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen unzulässig ist. Die Satzung fordert, daß die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit aller Staaten geachtet wird. Die Grundsätze der gegenseitigen Achtung der territorialen Unversehrtheit und Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sind in der Entschließung der Bandung-Konferenz, an der 29 Länder Asiens und Afrikas teilnahmen, verkündet worden.“

Die Bundesregierung appelliert an die Regierung der UdSSR, diesem von ihr selbst immer wieder proklamierten Prinzip treu zu bleiben. Wenn dem deutschen Volk die Möglichkeit gegeben würde, selbst über sein Schicksal zu entscheiden, so würde es sich ohne jeden Zweifel in allen seinen Teilen gegen die Bildung zweier deutscher Staaten und für die sofortige Wiedervereinigung in einem deutschen Staat aussprechen. Die Tatsache, daß es dabei zwischen verschiedenen Regierungsformen und verschiedenen wirtschaftlich-sozialen Systemen wählen muß, darf kein Hindernis sein, ihm die Gelegenheit zur Wahl in freier Entscheidung einzuräumen.

Vor einem Jahr hat der sowjetische Außenminister Molotow in San Francisco erklärt:

„Was unsere Vorschläge, die Vorschläge der Sowjetunion bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands anbelangt, so stehen wir auf folgendem Standpunkt: das Regime, das gegenwärtig in Ostdeutschland besteht, soll natürlich nicht auf ein vereinigtes Deutschland ausgedehnt werden, genau so, wie das in Westdeutschland bestehende Regime nicht ausgedehnt werden soll. Welches Regime in einem wiedervereinigten Deutschland bestehen soll und bestehen wird, das ist eine Sache, die das deutsche Volk in gesamtdeutschen freien Wahlen selbst entscheiden soll“ (TASS vom 27. Juni 1955).

Die Bundesregierung ist mit dieser Erklärung durchaus einverstanden. Sie ist sich natürlich der Tatsache bewußt, daß die seit vielen Jahren andauernde Teilung Deutschlands zu erheblichen Unterschieden innerhalb Deutschlands geführt hat. Aber es kann nur die Aufgabe einer vom ganzen deutschen Volk gewählten Volksvertretung sein, eine Ordnung zu schaffen, die beide Teile Deutschlands wieder einander annähert und dabei die sozialen Errungenschaften sichert, die vom ganzen deutschen Volke als Fortschritt betrachtet werden. Eine andere Lösung ist schon deswegen unmöglich, weil selbstverständlich die Bevölkerung der Bundesrepublik nicht weniger beanspruchen kann, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu einer Gefährdung ihrer politischen und sozialen Errungenschaften führt.

Mit dieser Auffassung glaubte die Bundesregierung mit mehreren früheren Äußerungen der Sowjet-Regierung übereinzustimmen. In ihrer Note vom 15. August 1953 hat

diese z. B. davon gesprochen, daß im Ergebnis gesamtdeutscher freier Wahlen „das deutsche Volk selbst ohne Einmischung ausländischer Staaten die Frage des Gesellschafts- und Staatsaufbaues des demokratischen Deutschland lösen wird.“

Leider ist sich die Bundesregierung infolge gewisser neueren Äußerungen von sowjetischer Seite dieser Übereinstimmung nicht mehr sicher. Auf der Genfer Konferenz der Außenminister hat der sowjetische Außenminister am 2. November erklärt, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands könne jetzt nicht auf Kosten der politischen und sozialökonomischen Errungenschaften der Werktätigen der DDR erfolgen. Die Bundesregierung glaubt, daß eine vom ganzen deutschen Volk gewählte Nationalversammlung der zuverlässigste Hüter solcher Errungenschaften sein würde, die von allen wirklich als solche angesehen werden. Außenminister Molotow hat jedoch darüber hinaus ausgeführt, daß die Erklärung der Regierung der DDR berücksichtigt werden müsse, daß die DDR ihre demokratischen und sozialen Umgestaltungen nicht antasten lasse.

Es ist allgemein bekannt, was zu den sogenannten „demokratischen Umgestaltungen“ in der „DDR“ rechnet: die Beseitigung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Gleichschaltung der christlich-demokratischen und liberalen Parteien, die Verhinderung freier Wahlen zur Volkskammer, die Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit, die Beseitigung der Koalitionsfreiheit und die Abschaffung des Streikrechts der Arbeiter, die planmäßige Beseitigung des gewerblichen Mittelstandes, die Unterdrückung der religiösen Freiheit, die Praktizierung einer willkürlichen und politisch gelenkten Justiz. Soll ein künftiges gesamtdeutsches Parlament verpflichtet sein, diese Politik fortzusetzen?

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn die Regierung der UdSSR klarstellte, daß sie nicht beabsichtigt, eine frei gewählte gesamtdeutsche Volksvertretung in ihrer Entscheidungsfreiheit über die grundlegenden Fragen der inneren Ordnung des deutschen Volkes zu beschränken.

14. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, daß freie Wahlen in ganz Deutschland, wie sie auch immer ausfallen mögen, nur den Sinn haben dürfen, das deutsche Volk zu einen und nicht zu zerteilen. Die Errichtung eines neuen Regierungssystems darf daher in keinem Teile Deutschlands zu einer politischen Verfolgung der Anhänger des alten Systems führen. Aus diesem Grunde sollte nach Auffassung der Bundesregierung dafür Sorge getragen werden, daß nach der Wiedervereinigung Deutschlands niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder nur weil er in Behörden oder politischen Organisationen eines Teils Deutschlands tätig gewesen ist, verfolgt wird.

15. Die Bundesregierung würde eine Antwort der Regierung der UdSSR auf die im Vorstehenden berührten Fragen begrüßen. Sie würde es für nützlich halten, wenn so ein Gedankenaustausch eingeleitet würde, der eine Einigung der Vier Mächte über die Wiedervereinigung fördern würde.

Wer die Lösung der deutschen Wiedervereinigungsfrage auf unabsehbare Zeit verschiebt, läßt eine schwere Verantwortung auf sich. Und zwar nicht nur dem deutschen Volke gegenüber, das auf die Vorenthaltung seines natürlichen und anerkannten Rechts auf Wiedervereinigung nur mit bitterer Enttäuschung reagieren kann. Vielmehr werden wahrer Friede, Entspannung und Sicherheit für ganz Europa, ja für die Welt, durch diese Frage berührt. Nicht zuletzt liegt ihre Lösung im tiefsten Interesse des russischen Volkes selbst. Es kann auch für die Sowjetunion auf die Dauer nicht erwünscht sein, daß das ganze deutsche Volk die sowjetische Politik gegenüber Deutschland als eine ständige Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse empfindet. Die Herstellung normaler, ja guter nachbarlicher Beziehungen zwischen dem deutschen Volke und dem russischen Volk ist ein Gebot des Interesses beider Nationen. Solange mehr als 70 Millionen Menschen im Herzen des europäischen Kontinents das Gefühl haben, daß die Sowjetunion ihnen willkürlich und gegen jedes Völkerrecht die Wiedervereinigung und die freiheitliche Selbstbestimmung in einer selbstgegebenen staatlichen Ordnung verweigert, so lange wird die Herstellung wirklich normaler Beziehungen zwischen den beiden Völkern unmöglich sein.

Die Bundesregierung möchte die dargelegten Gedankengänge mit einem eindringlichen Hinweis auf den immer unerträglicher werdenden menschlichen Notstand abschließen, in dem sich die 17 Millionen Bewohner der sogenannten „DDR“ seit über elf Jahren befinden. Über ein Jahrzehnt geht nunmehr der tiefe Graben quer durch das deutsche Volk, durch viele Tausende von Familien, die durch Gewalt oder Gewissensnot auseinandergerissen wurden, denen das primitivste menschliche Recht vorenthalten wird, zusammen zu leben, ihre Kinder nach eigenen menschlichen, religiösen und kulturellen Überzeugungen zu erziehen. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Gebiet der sogenannten „DDR“ geben der Bevölkerung nicht die Möglichkeit, nach ihren eigenen Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und freier Entfaltung der Persönlichkeit zu leben. Gerade diese Vorstellungen werden doch von der Regierung der Sowjetunion als ein Prinzip verkündet und verteidigt, das zu den unabdingbaren Voraussetzungen wahrer Humanität gehört; den Deutschen in der sogenannten „DDR“ aber bleiben sie noch immer in der Praxis vorenthalten.

BÜCHER, DIE WIR EMPFEHLEN

Lebendiges Wort

Zum 50. Geburtstag des Bundestagspräsidenten am 25. August d. J. hat das Evangelische Verlagswerk, Stuttgart, der Öffentlichkeit unter dem Titel: „Eugen Gerstenmaier — Reden und Aufsätze“ einen 440 Seiten starken Sammelband (Ganzleinen, DM 14,80) aus der Fülle seiner Reden und Aufsätze vorgelegt.

Wir haben anlässlich seines Geburtstages manch treffliche Würdigung dieses Mannes und seines Werkes gehört und gelesen. Aber keine noch so verständnisvolle Charakteristik vermag die starke und eigenwillige Persönlichkeit Gerstenmaiers so lebendig und eindrucksvoll wiederzugeben, wie sie sich in seinen eigenen Worten mit einprägsamer Deutlichkeit dem Leser darstellt — nicht zuletzt dadurch ansprechend, daß er nicht von sich selbst, sondern von der Sache redet, die für ihn im Grunde immer dieselbe Sache ist, nämlich die Frage nach dem christlichen Gehorsam, der aus dem rechten Hören des Wortes kommt, ob es nun um vollmächtige Verkündigung in seinen Predigten oder um die Grundlegung seines Dienstes an dem von ihm aufgebauten Evangelischen Hilfswerk, um dessen äußeren und inneren Ausbau und seine Fortführung oder um sein diakonisches Wirken für Deutschland in der Ökumene geht. Der Wille zum rechten christlichen Gehorsam hat auch seinen Dienst im politischen Raum bestimmt, ob es sich hier um seinen aktiven Anteil an der Widerstandsbewegung des 20. Juli oder um den Auftrag als Bundestagsabgeordneter der CDU und vor allem als Präsident des Deutschen Bundestages handelt.

Ein weiteres Merkmal, das sich dem Leser seiner Worte aufdrängt, ist Gerstenmaiers Bemühen, über die Schranken von Person, Herkunft und besonderen Interessen hinauszuwachsen und beim Dienst am Ganzen vorhandene Spannungen zu erkennen und zu bejahren, sie nicht nur zu tragen, sondern fruchtbar zu machen.

So sind Theorie und Praxis für ihn keine Gegensätze, sondern sie bedingen und durchdringen sich (vgl. „10 Jahre Hilfswerk“). Er kann und will seine schwäbische Art nicht preisgeben und ist dabei doch zum Verständnis und zur Anerkennung anderer deutscher Stammesarten gekommen. Er ist bei aller festgeprägten und nie verleugneten persönlichen politischen Eigenart als Präsident Sprecher des ganzen Hauses und der gesamten deutschen Nation geworden (vgl. „Nach der Wahl zum Bundestagspräsidenten“). Er kommt aus unverkennbar evangelischem Verständnis seines politischen Dienstes, betont aber mit Leidenschaft das gesamtchristliche Anliegen der Union (vgl. „10 Jahre Dienst für Deutschland“). Er ist durch und durch Theologe und ebenso durch und durch Politiker, ohne daß in ihm das eine das andere zu beherrschen suchte. Vielmehr ist er von der Überzeugung getragen, daß Theologie und Politik rechte Partner seien, die in der Verantwortung vor dem einen Herrn gleichberechtigt einander zu dienen hätten. Er verleugnet nie seine politische oder kirchliche Konzeption, versteht aber auch, Wesen und Werk anderer Persönlichkeiten von eigenwilliger Prägung verständnisvoll zu würdigen.

Das Buch ist wahrhaft ein Bekenntnisbuch und reicht sich würdig an die guten, aber leider viel zu wenig gelesenen Sammlungen der Reden und Aufsätze seiner politischen Freunde Hermann Ehlers und Robert Tillmanns an, deren Erbe zu verwalten er gerufen ist.

Unentbehrliches theologisches Handwerkszeug für Politiker aus christlicher Verantwortung

Wer sich in der Ausübung seines Berufes christlicher Herkunft und Verpflichtung bewußt ist, insbesondere wer — zur Wahrnehmung eines öffentlichen Dienstes berufen — seine christliche Verantwortung für das Amt erkennt und daraufhin ansprechbar ist, wird stets bereit sein müssen, seine allgemeine Haltung oder seine

jeweilige Stellungnahme aus seinem Glaubensbekenntnis zu begründen oder zumindest verständlich zu machen. Er wird das nur selten in unbefangener Naivität tun können und, wenn er es doch „ungeschützt“ versuchen würde, leicht in ungeahnte Schwierigkeiten geraten — selbst wenn er in der Heiligen Schrift und seinem Katechismus zu Hause sein sollte und die dort gewonnenen Erkenntnisse überzeugend darzulegen verstünde. Wenn der Gesprächspartner in anderer Weise gebunden ist — sei es durch eine Weltanschauung, durch einen anderen Glauben, durch eine andere christliche Konfession oder, bei gleichem Glaubensbekenntnis, durch eine andere Theologie —, wird dieser versuchen, ihn mit Deutungen seines Bekenntnisses, mit theologischen Argumenten oder durch Hinweise auf tatsächliche oder vermeintliche kirchliche Lehre und Praxis in Vergangenheit oder Gegenwart aus dem Sattel zu heben.

Auch wer die drohende Politisierung des kirchlichen Lebens und eine ebenso verhängnisvolle Theologisierung des politischen Lebens entschieden ablehnt, wird als Politiker aus christlicher Verantwortung an theologischen oder theologisch verbrämten Auseinandersetzungen nicht vorbeikommen.

Da aber es den Männern und Frauen des öffentlichen Lebens (nicht nur den Politikern) zumeist praktisch nicht möglich ist, sich die wichtigsten Kenntnisse auf den Gebieten der Dogmatik und Ethik, der Kirchengeschichte alter und neuer Zeit, der philosophischen Systeme und Weltanschauungen usw. durch ausgedehnte eigene Studien zu erwerben, werden sie sich gern durch entsprechende Nachschlagewerke unterrichten und sich von ihnen auf weitere Hilfsmittel hinweisen lassen.

Soeben ist der erste Band eines solchen einschlägigen, ebenso umfassenden wie zuverlässigen Nachschlagewerkes unter dem Titel: „Evangelisches Kirchenlexikon — Kirchlich-theologisches Handwörterbuch“ (A—G, 1736 Spalten, Ganzleinen DM 68,90, Halbleider DM 72,—) im Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen, erschienen. Als Herausgeber zeichnen zwei Männer, die an hervorragender Stelle im kirchlichen Leben stehen und die von ihrem besonderen evangelischen Bekenntnis eindeutig geprägt sind: der Lutheraner D. Heinz Brunotte, Präsident der Kanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie der Kanzlei der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, und der Reformierte Professor D. Otto Weber, Inhaber des Lehrstuhls für reformierte Theologie in Göttingen. Diese Namen proklamieren keine unüberbrückbaren Gegensätze, ebenso wenig das Programm einer konsensus-unions-bestimmten Theologie, sondern in der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den beiden Herausgebern und ihren Mitarbeitern wird die ganze Spannweite und Fülle der in unseren Tagen zu neuem Leben erwachten reformatorischen Theologie erkennbar. Auf dem Boden dieser reformatorischen Theologie, die zugleich eine klare Grenze zieht, haben hervorragende Fachleute der verschiedensten theologischen Richtungen ihre über alles Wesentliche unterrichtenden Abhandlungen geschrieben und sich dabei mit Erfolg bemüht, über ihre unvermeidbare und in der Sache notwendige persönliche Schau hinaus auch über andere begründete Meinungen und Deutungen ihres Gegenstandes objektiv zu berichten.

Ist es nicht notwendig, über die wichtigsten Daten, Gedanken und Ziele solcher Männer und Frauen unterrichtet zu werden, durch die die christlichen Kirchen in ihrer zeitlichen Gestalt entscheidend geprägt wurden?

Von den kleinen kirchlichen Gemeinschaften werden Altlutheraner, Altreformierte und Altkatholiken behandelt, von den derzeit sehr regsamen Weltanschauungen die Anthroposophen, die Christengemeinschaft und die Christian science. Besonders bedeutsam sind die Darstellung der Bekennenden Kirche, die systematische Überschau über die Probleme des kirchlichen Wiederaufbaus in der Bundesrepublik und die Erörterung der kirchlichen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone. Sehr aufschlußreich ist auch der Artikel über Christenverfolgungen in alter und neuer Zeit.

Den praktischen Politiker werden Artikel von besonderer Aktualität interessieren: die Abhandlungen über die Ehe in der Sicht der beiden christlichen Konfessionen und der Staatsrechtstheorien, sowie über damit zusammenhängende Fragen wie Eheschließung, Ehescheidung und Geburtenbeschränkung. Es wird ihnen wichtig sein, die verschiedenen christlichen Theorien über das Eigentum kennenzulernen oder etwas über den Begriff und die Geschichte der Fürsorge zu erfahren. Interessant ist es auch, zu lesen, was in der Sicht der reformatorischen Theologie über den Freiheitsbegriff und über die Demokratie gesagt wird,

wennleich naturgemäß der Politiker darüber hinaus noch einiges andere zu bedenken haben wird. Auf der anderen Seite wird der gewissenhafte Politiker besonders dankbar dafür sein, auch über tief im Glaubensgrunde wurzelnde Tatbestände wie Bekenntnis, Gesetz und Evangelium, Christologie usw. von berufener Seite gründlich unterrichtet zu werden, weil Art, Richtung und Form seines politischen Denkens, Redens und Handelns stärker, als ihm in der Regel bewußt ist, von der Aufgeschlossenheit und dem Verständnis für diese letzten Grundlagen reformatorischen Glaubens bestimmt werden. Daß die reformatorische Theologie nunmehr auch die Notwendigkeit einer theologischen Ethik bejaht, wird er als Zeichen kirchlichen Aufbruchs und als Zusage künftiger Hilfe dankbar anerkennen. Wir machen uns Joachim Beckmanns Ausführungen in Spalte 900 zu eigen: „Die Erörterung dieser (politischen) Fragen hat gezeigt, daß die evangelische Kirche erst angefangen hat, sich den ethisch-politischen Problemen zu stellen. Aber sie ist auf dem Wege, nach einer evangelischen Antwort auf die Frage des christlichen Gehorsams zu suchen.“

Hellmut Lauffs

Gewußt wo...

man etwas findet, ist meist besser, als 1000 Einzelheiten dem Gedächtnis einzuprägen. Für den ganzen Bereich des kirchlichen Lebens, einst und jetzt, hier und in aller Welt, was und wofür es auch sei, ist die Fundgrube das

EVANGELISCHE KIRCHENLEXIKON

Kirchlich-theologisches Handwörterbuch

Herausgegeben von Präsident

D. H. Brunotte und Prof. D. O. Weber

Band 1 Ln. 75,80 DM, Hldr. 79,20 DM gegen Monatsraten von 7,— DM (Bei Barzahlung Ermäßigung von 6,90 bzw. 7,20 DM)

Auch Ihnen kann das EKL eine wertvolle Hilfe sein! Konzentriert — sachlich und doch anschaulich, knapp und doch erschöpfend —, wissenschaftlich gründlich unterrichtet Sie das EKL über die genauen Tatsachen und die notwendigen Daten im kirchlichen Leben. Neben der geschichtlichen Entwicklung stehen die aktuellen Fragen von heute.

VANDENHOEK & RUPRECHT · GÜTTINGEN



EISENWERK KRITZLER

WEIDENAU/SIEG

NAHTLOSE ROHRE

Kesselrohre, Siederohre, Gewinderohre

Rippenrohre, Rohrschlangen, Rohrbogen

Preß-, Zieh- und Stanzteile

Walzen und Hartguß bis 18t Stückgewicht

liefert in weltbekannter Güte

Herm. IRLE Gesellschaft

mit beschränkter Haftung

Deuz (Krs. Siegen i. W.)